

# Alles erforscht – oder? Jugendstudien 2024



Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

# POUNKETUM!

3+4/24



**Die Bildungsreferent\*in des Pfadfinder\*innenbund Nord ist da!** Seit Juni 2024 ist Makeba Kahl nun die neue und erste Bildungsreferent\*in des PBNs. Der PBN hatte bis zu diesem Zeitpunkt seine Arbeit alleinig ohne Hauptamt bewältigt und wird von Makeba nun als erste hauptamtliche Mitarbeiter\*in unterstützt. Die Themenschwerpunkte als Bildungsreferent\*in liegen im Kinderschutz, der Unterstützung und Entlastung des Vorstands und in der Beratung zu pädagogischen Fragen der Jugendgruppenleitenden, sowie in der Begleitung und Beratung der Ausbildungscrews. Makeba ist als Ansprechperson für Kinderschutz auch Teil der Präventions- und Interventionscrew des Bundes, kurz PInC. Mit dieser Crew soll das Kinderschutzkonzeptes des Bundes erstellt und die Gewaltpräventionsarbeit gestärkt werden. Auch diese Crew hat kürzlich viel Nachwuchs erhalten und nun gibt es einige Arbeitsgruppen, die das Thema Gewaltprävention weiter mit vorantreiben. Der Hauptanteil der Arbeit ist also pädagogischer Natur, wozu Konzeptarbeit und Materialaufbereitung mit dazugehört. Doch auch für einige Verwaltungsaufgaben ist Makeba zuständig: Großfahrtanmeldung, Sonderurlaub oder auch Strukturfragen des Bundes passieren also in Zusammenarbeit des Vorstands mit der Bildungsreferent\*in.

Da der PBN eine interne Ausbildung (Juleica) hat, gibt es mehrere Ausbildungscrews. Die Zusammenarbeit dieser Crews mit Makeba steckt noch in den Kinderschuhen, soll in der nächsten Zeit aber weiter ausgebaut und vertieft werden, mit dem Ziel eine gut stemmbare Ausbildung mit wichtigen und gut aufbereiteten Inhalten für die Ausbilder\*innen und die Teilnehmenden zu gestalten.

Räumlich hat der PBN sich somit auch ein kleines bisschen ausgeweitet. Das Büro von Makeba befindet sich beim Landesjugendring Hamburg (Güntherstr. 34) und liegt somit recht zentral zwischen den ganzen Standorten des PBNs. Dieser Standort dient als Anlaufstelle für Jugendgruppenleitende die Beratung suchen, wird aber auch für Planungs- und Austauschtreffen, Informationsabende und Gruppenberatungen genutzt.

Alles erforscht – oder?  
Jugendstudien 2024

### 3 **Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt.**

Die 19. Shell Jugendstudie  
Von Mathias Albert, Gudrun Quenzel, Ulrich Schneekloth, Mitglieder im Team der Autorinnen und Autoren der Shell Jugendstudie

### 9 **Das politische Logbuch: Der 17. Kinder- und Jugendbericht**

Eine Kommentierung durch den Deutschen Bundesjugendring

### 16 **Jahrgang 2024: Zwei weitere Jugendstudien**

Sinus-Jugendstudie und Trendstudie

## Vielfalt! Jugendarbeit

### 17 **Jugendpolitische Forderungen zur Bürgerschaftswahl 2025**

Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg vom 19. November 2024

## Nachrichten

### 18 **U16-Bürgerschaftswahl in Hamburg**

Februar 2025 – Sei dabei und gib jungen Menschen eine Stimme

18 **Vorstellung und Diskussion des 17. Kinder- und Jugendberichtes**  
Deutscher Bundesjugendring

### 18 **Schon mal Wahl-O-Mat geklebt?**

Wahl-O-Mat zum Aufkleben 2025 zur Bundstags- und Bürgerschaftswahl Landesjugendring Hamburg und Landeszentrale für politische Bildung Hamburg

## Impressum

**punktum** ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendrings Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

**Redaktion:** Jürgen Garbers (jg)

**Layout und Gestaltung:** Rebekka Posselt

**Fotos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

**V.i.S.d.P.:** Maja Reifegerst c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

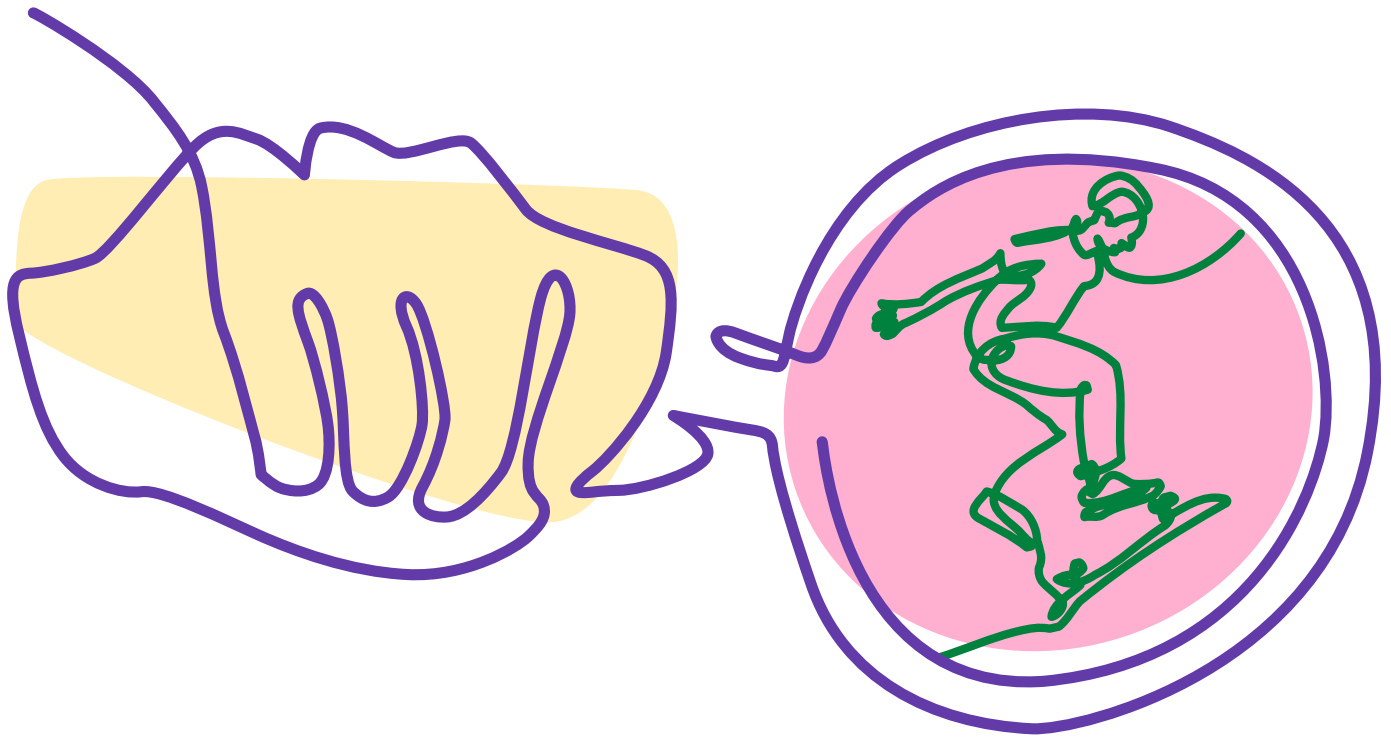
**Verlag:** Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80;

info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde.

**Auflage:** 2.500 Exemplare

**Gender:** Es gibt im Heft keine Vereinheitlichung bei der gendergerechten Schreibweise; es wird jeweils der Maßgabe der eingereichten Texte Folge geleistet.



# Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt.

Die 19. Shell Jugendstudie



Von Mathias Albert, Gudrun Quenzel, Ulrich Schneekloth, Mitglieder im Team der Autorinnen und Autoren der Shell Jugendstudie

Die 19. Shell Jugendstudie wurde im Oktober 2024 vorgestellt. Nachdem die erste Shell Jugendstudie bereits im Jahr 1953 vorgelegt wurde, ist sie seit der 14. Ausgabe im Jahr 2002 konsequent als Trendstudie angelegt, welche es insbesondere erlaubt, jenseits von kurzfristigen Ausschlägen in Einstellungen längerfristige Entwicklungen nachzuzeichnen (dabei in einigen Fragen durchaus bis weit vor das Jahr 2002).

punktum hat seit dem Jahr 2010 bereits mehrmals aus Anlass des Erscheinens der Shell Jugendstudie über diese berichtet und diese dabei durchaus auch kritisch diskutiert. Vorliegend wird die Vorstellung der Studie in dieser Zeitschrift erstmals von einem Teil des Teams von Autorinnen und Autoren vorgenommen, so dass naturgemäß der Schwerpunkt eher auf der komprimierten Darstellung einiger Studienergebnisse liegt. Diese bedeutet jedoch keinesfalls einen Verzicht auf selbstkritische Reflexion. Diese bezieht sich zum einen auf eine kurze Diskussion der Dinge, die die Studie aufgrund ihrer Anlage und ihres Umfangs nicht leisten kann. Auf der anderen Seite greift sie Fragen auf, welche sich erst im Laufe der intensiven Diskussionen nach der Veröffentlichung der Studie ergeben (bzw. erst dann in dieser Schärfe) ergeben haben. Wir greifen diese Punkte am Ende des vorliegenden Beitrages auf.

### Anlage der Studie

Den Rahmen jeder Shell Jugendstudie bildet eine Reflexion über die Entwicklung der gesellschaftlichen Umwelt, in der Jugendliche leben, sowie eine breite Rezeption der neueren Literatur aus der Jugendforschung. Vor diesem Hintergrund werden thematische Schwerpunktsetzungen für die neue Studie festgelegt. Eine solche thematische »Schwerpunktsetzung« ist dabei immer nur in sehr eingeschränktem Umfang möglich, da die Studie im Grundsatz darauf angelegt ist, die aktuellen Lebenslagen und Einstellungen der Jugendlichen im Lichte von längerfristigen Trends zu vermessen, so dass immer nur ein begrenzter Raum für Veränderungen zur Verfügung steht.

### Über die Autorin und die Autoren



**Prof. Dr. Mathias Albert** ist seit 2001 Professor für Politikwissenschaft an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. Er ist dort einer der Vorstände des Instituts für Weltgesellschaft. Mathias Albert ist als Leiter des Autorenteam für die Shell Jugendstudie verantwortlich. Zu seinen Forschungsgebieten zählen verschiedene Bereiche der internationalen Politik, die Jugendforschung sowie Wissenschaft und Politik der Polargebiete. 1967 wurde Mathias Albert im unterfränkischen Wasserlos geboren. Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Rechtswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main sowie an der George Washington University in Washington, DC. Nach einem Aufenthalt an der University of Kent in Canterbury promovierte er 1996 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Die Habilitation erfolgte im Jahr 2000 an der Technischen Universität Darmstadt.



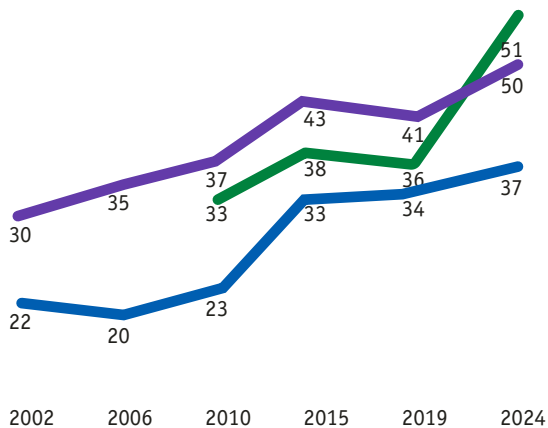
**Prof. Dr. Gudrun Quenzel** ist seit April 2016 Professorin für Bildung und Gesellschaft an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg und leitet dort das Institut für Bildungssoziologie. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Jugend- und Sozialisationsforschung, Bildungsarmut, Gesundheit und Bildungsungleichheit. Gudrun Quenzel, Jahrgang 1971, arbeitete nach dem Abitur zwei Jahre lang an einer Integrationsschule für behinderte und sozial benachteiligte Jugendliche in Nordnorwegen. Im Anschluss studierte sie Kulturwissenschaften an der Universität Lüneburg und an der Università degli Studi di Pavia in Italien. Ihre Promotion im Fach Soziologie an der Universität Duisburg-Essen behandelte das Thema »Konstruktionen von Europa. Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union«. Ihre Habilitation erfolgte 2014 an der Universität Bielefeld.



**Ulrich Schneekloth** ist freiberuflich tätiger Sozialwissenschaftler. Bei Kantar Public - jetzt Verian - war er Leiter des Forschungsbereichs »Familie, Gesellschaft und Soziale Sicherung« und ebenfalls langjähriger Leiter des Kantar-Public Teams zur Shell Jugendstudie. Ulrich Schneekloth forscht zu Lebenslagen im sozialen Wandel, Generationenbeziehungen und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Er studierte an der Universität Bremen Sozialwissenschaften, wo er 1988 sein Diplom abschloss.

In diesem Rahmen bildet die Befragung von Jugendlichen die Grundlage der Shell Jugendstudien. Es handelt sich somit primär um eine Studie, welche die Jugendlichen selbst zu Wort kommen lässt. Dies geschieht in Form einer bundesweit repräsentativen Stichprobe von 2509 Jugendlichen im Alter von 12-25 Jahren, ergänzt durch vertiefende, leitfadengestützte Interviews mit zwanzig Jugendlichen (Fragebogen und Methodik finden sich in der Studie selbst dokumentiert).

## Interesse an Politik



Ich bin an Politik interessiert

Für mich persönlich ist es wichtig, mich politisch zu engagieren

Ich informiere mich aktiv über das, was in der Politik passiert

### »Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt«

Der Untertitel der 19. Shell Jugendstudie drückt eines ihrer wesentlichen Ergebnisse aus: Jugendliche machen sich Sorgen, sie sind mit vielen Dingen in Staat und Gesellschaft unzufrieden. Einer sichtbar verbreiteten Verdrossenheit steht aber ebenso eine sichtbare Offenheit und eine bemerkenswerte Toleranz gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber. Beides verbindet sich in einer pragmatischen Grundeinstellung, welche wir bei der jungen Generation bereits seit Beginn der 2000er Jahre beobachten und an der sich nichts Wesentliches geändert hat. Diese Konstanz liefert auch den Hintergrund für eines der möglicherweise überraschendsten Einzelergebnisse der Studie, nach dem nämlich trotz großer Ängste und Sorgen etwa vor einem Krieg in Europe oder wachsender Armut der Zukunftsoptimismus Jugendlicher in Bezug auf die Gesellschaft nicht etwa sinkt, sondern von 52 %, die diese Zukunft im Jahre 2019 eher zuversichtlich sehen, im Jahr 2024 sogar noch auf 56 % ansteigt. Dieses auf den ersten Blick überraschende Ergebnis wollen wir am Ende des vorliegenden Beitrages auf Grundlage des nachfolgenden Überblicks auf Entwicklungen in den Bereichen Politik und Werte, jugendliche Lebenswelten, sowie Bildung und Berufswelt diskutieren.

### Interesse an Politik

Einer der wichtigsten Befunde der aktuellen Shell Jugendstudie ist, dass das politische Interesse von Jugendlichen inzwischen wieder deutlich angestiegen ist. Aktuell bezeichnet sich jede und jeder Zweite als politisch interessiert. Noch in den 1990er und 2000er Jahren lagen diese Werte viel niedriger, 2002 sogar nur noch bei 30 %. Bei Mädchen und Jungen sind keine nennenswerten Unterschiede mehr zu verzeichnen. Politik ist damit auch nicht mehr vorwiegend »Männersache«.

Aktiv über Politik informieren sich 51 % der Jugendlichen (2019: 36 %). Auch die Bereitschaft zum politischen Engagement ist langfristig gewachsen, von 22 % in 2002 auf 37 % in 2024. Es hat nicht den Anschein, als ob das politische Interesse sowie die Bereitschaft zum Engagement ein kurzfristiger und medial verbreiteter Effekt einer vermeintlichen »Generation Greta« waren, die unter sich ändernden Rahmenbedingungen jetzt wieder abebben würden.

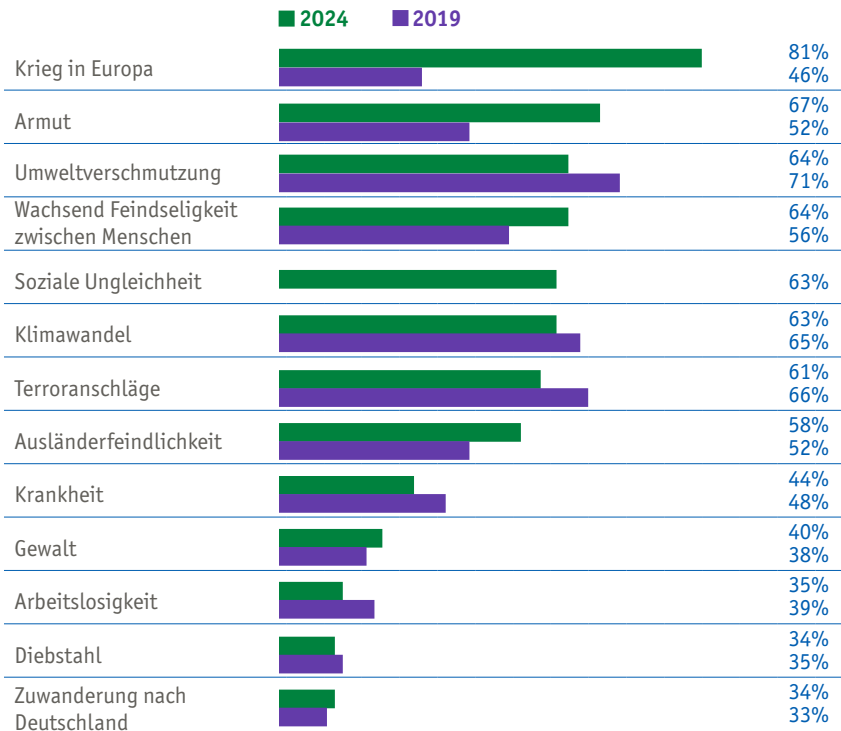
### Ängste und Sorgen

Die neue geopolitische Lage hat auch bei den Jugendlichen in Deutschland deutliche Spuren hinterlassen. Mehr als 80 % von ihnen haben Angst vor Krieg in Europa. Zwei Drittel sorgen sich allgemein um die wirtschaftliche Lage und um eine möglicherweise steigende Armut. Nur etwas mehr als ein Drittel und damit noch weniger als in früheren Jahren hat allerdings konkrete Angst vor Arbeitslosigkeit oder davor, keinen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Themen Umweltverschmutzung und Klimawandel machen nach wie vor zwei Drittel der Jugendlichen Angst. Insbesondere die Sorge um den Klimawandel hat für junge Menschen nichts an Bedeutung verloren. Vielmehr reiht sich die Betroffenheit in eine umfänglichere Krisenwahrnehmung ein, die inzwischen auch im Alltag der jungen Menschen in Deutschland etwa im Hinblick auf die Preisentwicklung in der jüngeren Vergangenheit oder den weiterhin anhaltenden Zuzug von geflüchteten Menschen deutlich spürbarer wird.

Höher Gebildete sorgen sich häufiger um den Klimawandel und den generellen gesellschaftlichen Zusammenhalt, während Jugendliche mit mittlerer oder niedriger Bildungsposition häufiger Angst vor einem wirtschaftlichen Abstieg haben. Migration bereitet vor allen Dingen Jugendlichen mit niedriger Bildungsposition Sorgen. Nach wie

## Jugendliche haben Angst vor ...



vor haben mit 58 % aber deutlich mehr Jugendliche Angst vor einer wachsende Ausländerfeindlichkeit in Deutschland als mit 34 % vor einer weiteren Zuwanderung nach Deutschland.

Jugendliche aus Ostdeutschland haben generell mehr Ängste und Sorgen als Westdeutsche: nur vor Ausländerfeindlichkeit fürchten sie sich seltener. Junge Menschen aus den östlichen Bundesländern fühlen sich auch 35 Jahre nach dem Mauerfall nach wie vor schlechter gestellt und verwundbarer als die Gleichaltrigen aus dem Westen.

### Tendenziell zunehmende politische

#### Polarisierung

Die Jugendlichen in Deutschland positionieren sich inzwischen auch selber wieder viel deutlicher als früher hinsichtlich ihrer eigenen politischen Haltung. Anders als in den früheren Jahren können oder wollen sich aktuell nur noch 10 % der Jugendlichen selber nicht zwischen Rechts und Links einordnen. Bei unseren Studien von 2015 und 2019 traf dies noch für etwa 20 % zu.

Im Durchschnitt stufen sie sich mit einem Mittelwert von 5,3 auf einer Skala von 1 bis 11 (1 = links, 11 = rechts) auch weiterhin leicht links ein. Im Zeitverlauf betrachtet war dieser Wert, abgesehen von kleineren Schwankungen, in den letzten Jahren eher stabil (2015: 5,4. 2019: 5,1). Auch in 2024 haben wir demnach keine Veränderungen feststellen können, die auf einen klaren »Rechtsruck« hindeuten. In Prozentzahlen ausgedrückt

ordnen sich 14 % der Jugendlichen als links und weitere 32 % als eher links ein. Zur Mitte zählen sich 26 %. Als eher rechts bezeichnen sich 14 % und als rechts 4 % (10 % ohne Positionierung).

Tendenziell zugenommen hat allerdings die politische Polarisierung. Der Anteil der männlichen Jugendlichen, die sich selber als eher rechts oder rechts verorten, ist auf jeden Vierten angestiegen (2019 traf dies noch für weniger als jeden Fünften zu). Bei den weiblichen Jugendlichen bezeichnen

sich hingegen nur 11 % als eher rechts oder rechts. Hier ist kein Anstieg zu verzeichnen. 41 % der männlichen Jugendlichen sehen sich eher links oder links, Tendenz im Zeitverlauf eher stabil. Bei den weiblichen Jugendlichen positionieren sich hingegen 51 % als eher links oder links. Die Tendenz geht bei ihnen in den letzten Jahren hingegen eher nach links.

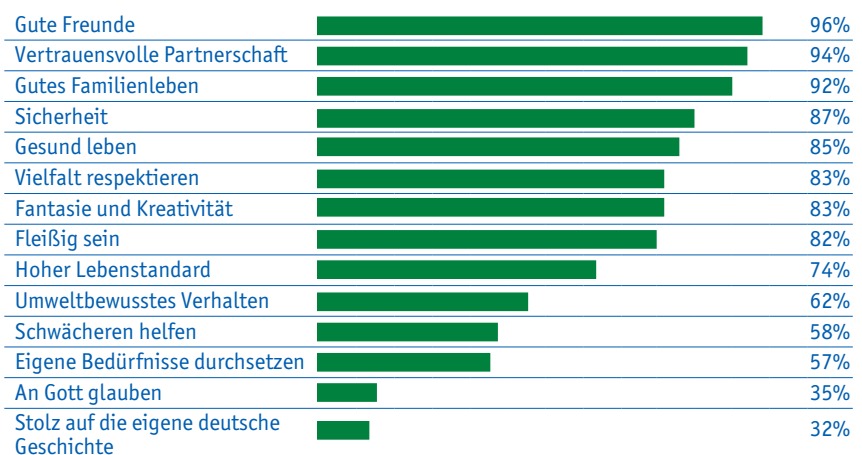
### Stabiles Demokratievertrauen

Jugendliche haben Zukunftsvertrauen und blicken mehrheitlich positiv auf die Möglichkeiten, die ihnen Staat und Gesellschaft bieten. Etwa drei Viertel der Jugendlichen (76 %) sind der Ansicht, dass Deutschland ihnen alle Möglichkeiten bietet, ihre Lebensziele zu verwirklichen und vertrauen darauf, dass alle gemeinsam als Gesellschaft eine lebenswerte Zukunft schaffen können (71 %). Das für den deutschen Sozialstaat zentrale Leistungs- und Gerechtigkeitsversprechen sowie das Vertrauen in den Fortschritt sind aus ihrer Sicht demnach weitestgehend intakt.

Auffällig ist aber auch die Kritik, die die Jugendlichen an der Situation in Deutschland üben. 57 % meinen, dass vieles, was woanders selbstverständlich ist, bei uns nicht funktioniert; eine Äußerung, die eine eher populistisch geprägte Kritik an staatlichem Versagen aufnimmt. Ähnliches gilt für die eher vom Eigennutz geprägte und Verlustängste ausdrückende Aussage »Die meisten Maßnahmen, die vom Staat getroffen werden, bringen mir persönlich keine Vorteile«: Hier stimmen 55 % zu.

Das Vertrauen in die Demokratie ist in Deutschland trotz aller Kritik nach wie vor stabil. Insgesamt geben erneut 75 % der Jugendlichen an, dass sie mit der Demokratie sehr bzw. eher zufrieden sind. 24 % äußern sich unzufrieden (1 % keine Angabe). Aber: in den östlichen Bundesländern ist die Zufriedenheit im Trend wieder rückläufig.

## Lebensziele und Werte bleiben stabil



(Ost 60 % im Vergleich zu 66 % in 2019, West 77 % im Vergleich zu 76 % in 2019).

**Klassische und moderne Werte im Mix**

Deutlich über 90 % der Jugendlichen, Mädchen wie auch Jungen, nennen als wichtigstes Lebensziel »Gute Freunde haben, die einen anerkennen und akzeptieren«, »Einen Partner haben, dem man vertrauen kann« oder »Ein gutes Familienleben führen«. Daran hat sich in den letzten 20 Jahren nichts geändert. Die große Mehrheit der Jugendlichen verbindet dabei die ebenfalls hoch im Kurs stehende klassische Tugenden, etwa fleißig und ehrgeizig sein oder im Leben nach Sicherheit streben mit modernen oder auf Selbstentfaltung abzielende Werte, wie Gesundheitsbewusstsein, Respektierung von Vielfalt oder Fantasie und Kreativität entfalten.

Im Zeitverlauf betrachtet haben vor allem in der jüngeren Vergangenheit Wertorientierungen, die für einen robusten Materialismus stehen, wieder etwas stärker an Bedeutung gewonnen. Neben dem Wunsch nach einem hohen Lebensstandard, den drei von vier Jugendliche als wichtig empfinden, gilt dies zum Beispiel auch für die Haltung, sich und seine Bedürfnisse gegen andere durchzusetzen (56 %). Auf der anderen Seite sind aber auch die Wertorientierungen, die eher auf eine bewusste Lebensführung abzielen und damit auf Achtsamkeit in Bezug das eigene wie aber auch das Wohlbefinden anderer, stabil geblieben. Mehr als vier von fünf halten es zum Beispiel für wichtig, die Vielfalt der Menschen anzuerkennen und zu respektieren.

**Lebenswelten – analog und digital**

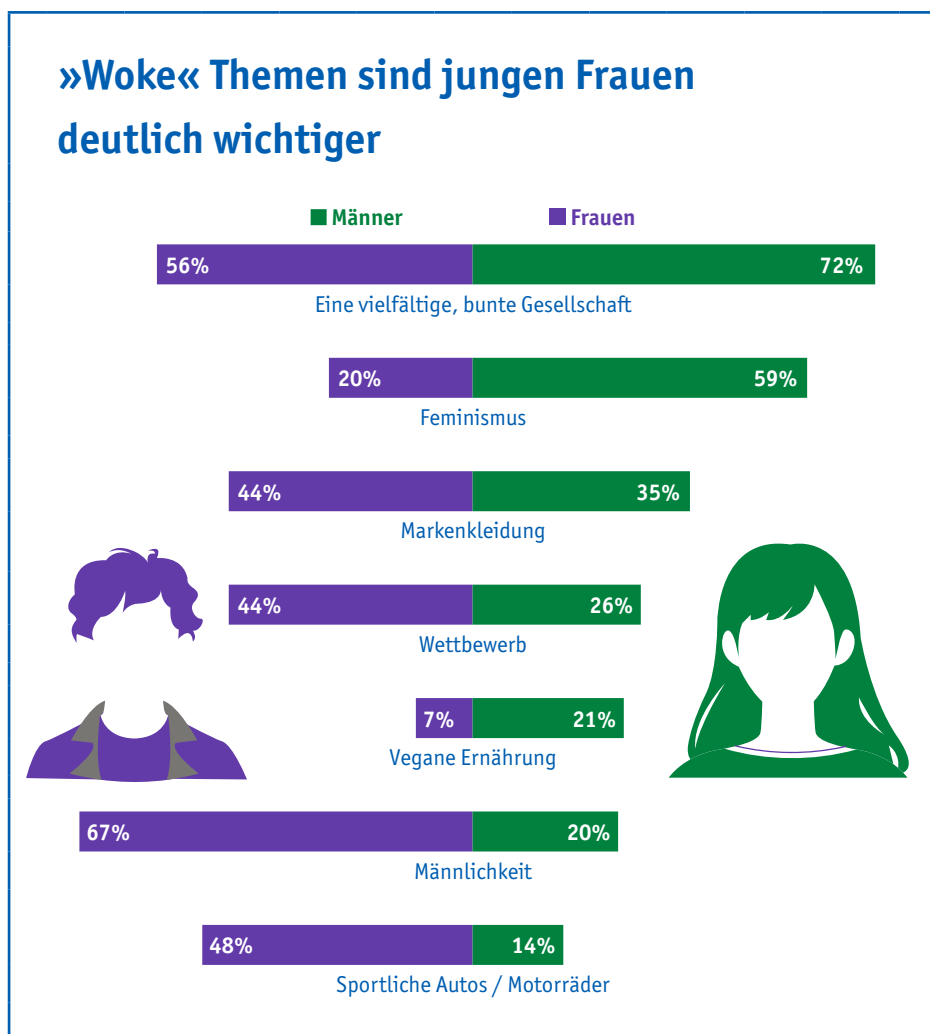
Digitale Medien sind aus dem Alltag junger Menschen kaum wegzudenken. Die Nutzung ist dabei ziemlich vielfältig. Besonders häufig werden digitale Medien zur Kommunikation eingesetzt, aber auch Unterhaltung und Informationssuche sind wichtiger geworden. Aber auch wenn junge Menschen sehr viel Zeit digital verbringen, halten sie nicht alle Kanäle und Inhalte für vertrauenswürdig. Das größte Vertrauen bringen bei der Informationssuche nach wie vor den klassischen Medien wie den ARD- oder ZDF-Fernsehnachrichten und den überregionalen Zeitungen entgegen. Informationsangeboten auf YouTube, TikTok oder Instagram und X vertrauen sie demgegenüber deutlich seltener. Nach wie vor bringen Jugendliche in den neuen Bundesländern den klassischen Medien deutlich weniger Vertrauen entgegen als Gleichaltrige in den alten Ländern und vertrauen umgekehrt häufiger den Informationen auf Online-Kanälen. Fast die Hälfte der Jugendlichen steht zudem dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) (sehr) positiv gegenüber. Unverändert gehören, wie bereits dargestellt, stabile Beziehungen, Freundschaften und Familie zu den wichtigsten Lebenszielen junger Menschen.

Daran hat sich die letzten 20 Jahre nichts geändert, wenn überhaupt, dann ist der soziale Nahbereich in dieser Zeit noch wichtiger geworden. Etwa hat sich das Verhältnis Jugendlicher zu ihren Eltern seit Jahrzehnten stetig verbessert. Die Ursache liegt vermutlich in einem veränderten Erziehungsstil, der Jugendliche mitbestimmen lässt und auf Autonomie statt auf Autorität setzt. Die meisten Jugendlichen sind ziemlich zufrieden mit ihrem Freundeskreis. Sich mit den eigenen Eltern gut zu verstehen und zufrieden mit dem Freundeskreis zu sein, geht mit einer hohen Lebenszufriedenheit und weniger Einsamkeit einher. Bei älteren Jugendlichen gilt dies auch für Partnerschaften.

In der Bedeutung, die sie Freundschaften, Partnerschaften und der Familie zuschreiben, sind sich junge Frauen und junge Männer dabei bemerkenswert einig. Deutliche Unterschiede finden wir jedoch bei verschiedenen sogenannten Zeitgeist Themen, wie »Gendern«, vegane Ernährung, Feminismus, Männlichkeit oder eine offene, pluralistische Gesellschaft. Die Einstellungen junger Menschen zu diesen Themen haben wir in der aktuellen Studie erstmals abgefragt haben, da sie in der Öffentlichkeit häufig kontrovers diskutiert werden und mitunter als emotionale »Triggerpunkte« in Debatten gelten.

Grundsätzlich kann man dabei sagen, dass junge Frauen im Schnitt deutlich »woker« eingestellt sind als junge Männer. Etwa finden junge Frauen eine vielfältige, bunte Gesellschaft, Feminismus und vegane Ernährung deutlich häufiger wichtiger als junge Männer. Umgekehrt sind jungen Männern Männlichkeit, Markenkleidung, sportliche Autos oder Motorräder und Wettbewerb wichtiger. Gefragt wurden die Jugendlichen dieses Mal auch, wie sie zum »Gendern« in der deutschen Sprache stehen. Auch hier gehen die Einstellungen der jungen Frauen und der jungen Männer deutlich auseinander. Ein Drittel der jungen Frauen findet »Gendern« gut, einem Drittel ist es egal und ein Drittel lehnt es ab. Unter den jungen Männern sind demgegenüber nur 12 % pro »Gendern«, einem guten Drittel ist es egal und etwas mehr als die Hälfte lehnt es ab. Die Haltung zum »Gendern« hängt zudem stark von der politischen Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala ab. Jugendliche, die sich selbst als (eher) »links« beschreiben, stehen dem »Gendern« tendenziell offen gegenüber, Jugendliche, die sich als (eher) »rechts« verorten, lehnen es verstärkt ab.

Wir haben diesmal zudem die aktuelle Diskussion zu LGBTQIA\* und zur geschlechtlichen Verortung jenseits der binären Geschlechterordnung



aufgegriffen und die Jugendlichen nach ihrer sexuellen Orientierung sowie nach ihrer geschlechtlichen Identität gefragt. In unserer Befragung ordnen sich weniger als 1 % weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zu. Angesichts der geringen Fallzahlen können wir keine belastbaren Aussagen zu dieser Gruppe machen. Deutlich mehr Jugendliche bezeichnen sich selbst hingegen als nicht ausschließlich heterosexuell – und zwar 7 % der jungen Männer und 18 % der jungen Frauen. Allerdings verorten sich nur jeweils zu 1 % als ausschließlich homosexuell. Sexuelle Orientierung scheint – insbesondere bei jungen Frauen – offenbar zunehmend als Kontinuum verstanden zu werden. Zugenommen hat auch die Akzeptanz von schwulen und lesbischen Lebensweisen. Sagten vor 20 Jahren noch 15 % der Jugendlichen, sie fänden es »nicht so gut«, ein homosexuelles Paar als Nachbarn zu haben, sind es inzwischen »nur« noch 10 %. Junge Frauen haben hier deutlich weniger Vorbehalte als junge Männer. Dennoch scheint es nach wie vor eine Herausforderung zu sein, von der heterosexuellen Normvorstellung abzuweichen. Junge Menschen, die sich nicht als ausschließlich heterosexuell identifizieren, empfinden die Beziehung zu ihren Eltern häufiger als schwierig, sind weniger zufrieden mit ihrem Freundeskreis, fühlen sich psychosozial stärker belastet und wünschen sich seltener eigene Kinder als ausschließlich heterosexuell orientierte.

Wir haben die Jugendlichen auch gefragt, ob sie noch negative Auswirkungen der Coronapandemie spüren. Etwas mehr als die Hälfte spürt offenbar keine Langzeitfolgen. Allerdings ist das Gefühl von Einsamkeit gestiegen – vor allem bei jungen Frauen. Inzwischen sagen 27 % der jungen Frauen, dass sie sich oft einsam fühlen, vor fünf Jahren waren es 20 %. Bei jungen Männern ist der Wert von 18 % auf 21 % gestiegen. Fast jede\*r Sechste spricht von nachhaltig beeinträchtigten Bildungs- und Berufsplanungen. Ein Teil verbringt mehr Zeit online mit Freunden und Bekannten, andere haben durch die Kontaktbeschränkungen Freundschaften oder gute Bekannte verloren, sich mit Menschen zerstritten, die ihnen wichtig waren, oder mussten den Tod eines Angehörigen erleben.

### Bildung und Berufswelt

Neben Freund:innen und Familie sind Jugendlichen Bildung und Beruf sehr wichtig. Der »Run« auf die Bildungsabschlüsse ist dabei ungebrochen. Inzwischen streben 69 % der Jugendlichen die Hochschulreife an, nur noch 5 % den Hauptschulabschluss. Das Gymnasium ist weiter auf dem Weg zur Mehrheitsschule. Der Bildungserfolg unterscheidet sich jedoch immer noch stark nach sozialer Herkunft. Nur 27 % der Jugendlichen, deren Eltern (höchstens) einen einfachen Schulabschluss haben, erreichen oder streben das Abitur an. Hat hingegen zumindest ein Elternteil Abitur,

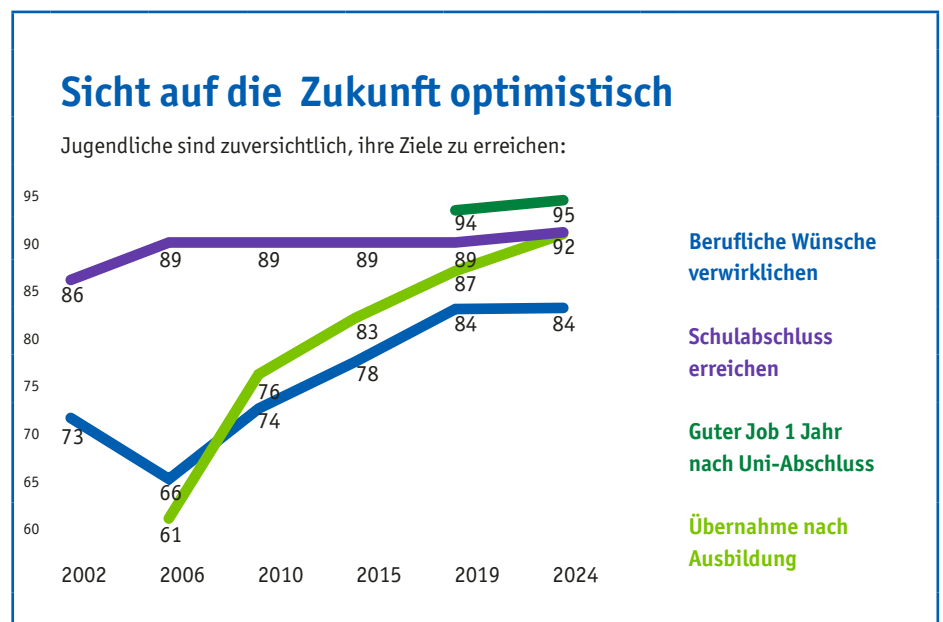
sind es 80 %. Auch negative Erfahrungen im Bildungssystem sind ungleich verteilt. Jugendliche aus weniger privilegierten Elternhäusern sind häufiger versetzungsgefährdet oder erreichen den gewünschten Schulabschluss nicht. Ein erheblicher Teil der weniger privilegierten Jugendlichen gelingt jedoch ein bemerkenswerter Bildungsaufstieg – auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden.

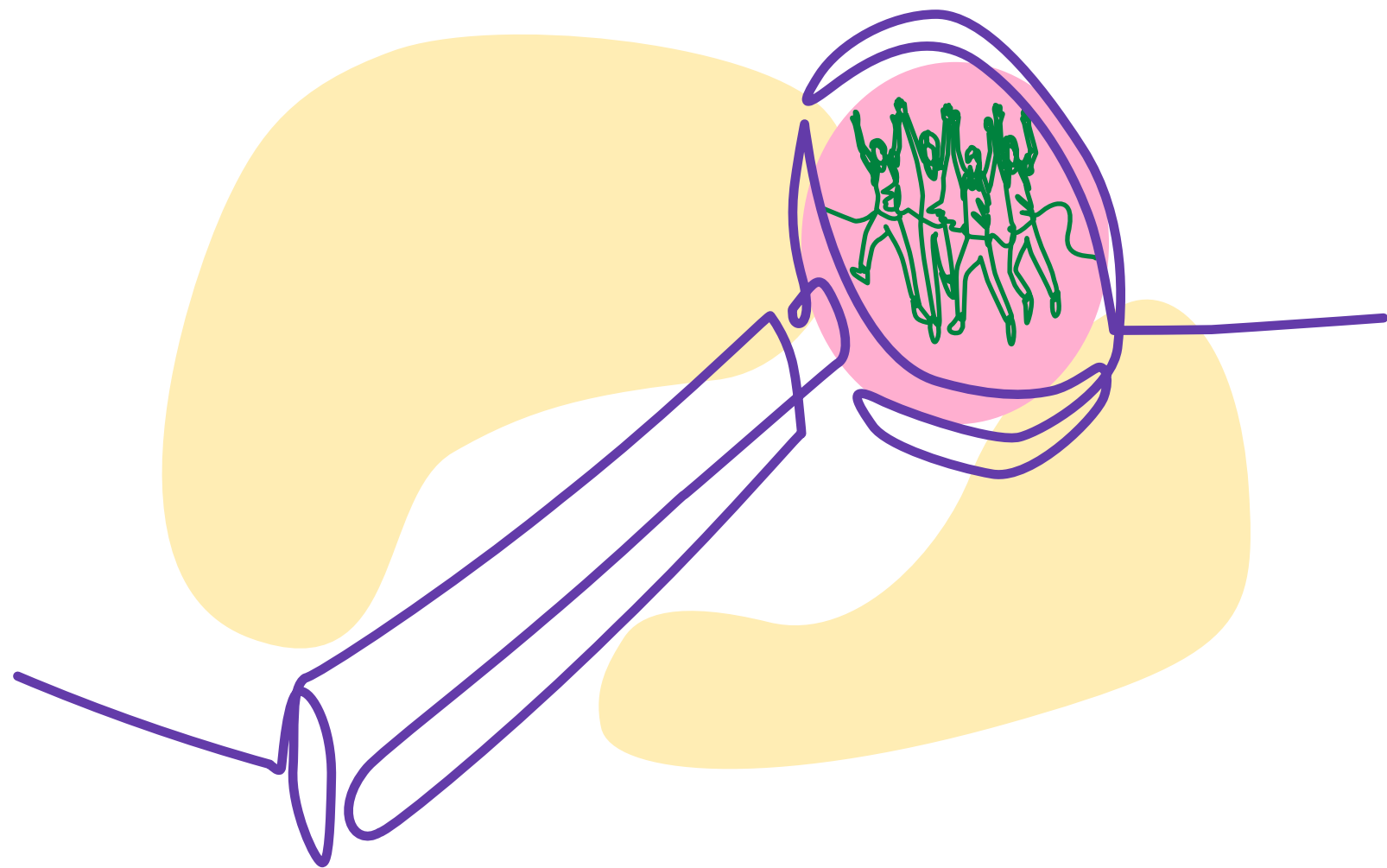
Insgesamt nehmen die Probleme in der Bildungslaufbahn dabei tendenziell ab und die Jugendlichen blicken aktuell mit großem Optimismus in ihre schulische und berufliche Zukunft. Nur noch eine Minderheit erwartet Probleme im weiteren Bildungs- und Ausbildungsverlauf. Unter den Jugendlichen, die noch zur Schule gehen, sind sich mehr als neun von zehn jungen Menschen sicher, ihren Wunschabschluss zu erreichen. Ebenso viele Auszubildende sind sich sicher, nach der Ausbildung übernommen zu werden. Besonders hoch ist die Zuversicht unter Studierenden innerhalb eines Jahres eine dem Studienabschluss angemessene Arbeit zu finden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass vor allem Jugendliche aus den sozial weniger privilegierten Elternhäusern heute deutlich optimistischer in ihre persönliche Zukunft blicken als vor 10 Jahren. Darüber darf die Minderheit der Jugendlichen, die negative Erfahrungen im Bildungssystem machen und mit wenig Optimismus in ihre schulische und berufliche Zukunft blicken, nicht außer Acht gelassen werden. In den letzten Jahren wurde in den Medien intensiv über die sogenannte Generation Z diskutiert und dieser eine abnehmende Arbeitslust und mangelnde Leistungsbereitschaft zugeschrieben. Diese Behauptungen lassen sich mit unseren Daten so pauschal nicht bestätigen. Von einer generellen Arbeitsunlust oder dem Wunsch nach Work-Life-Balance mit viel »Life« und wenig »Work« ist wenig zu spüren. Zwei Drittel der Jugendlichen

sind etwa bereit, viel zu arbeiten, wenn sie dadurch mehr Geld verdienen können. Gleichzeitig bestätigen sich jedoch die Vermutungen, dass junge Menschen heute mehr Flexibilität von ihrem Arbeitgeber im Hinblick auf Arbeitszeiten und Homeoffice erwarten. Zudem messen Jugendliche heute materiellen Aspekten der Erwerbstätigkeit, etwa viel Geld zu verdienen und Karriere zu machen, mehr Bedeutung bei. Gebliieben ist jedoch das starke Bedürfnis junger Menschen nach einem sicheren Arbeitsplatz.

### Grenzen der Studie und Perspektiven

Die Shell Jugendstudie sucht die Lebenswelten und Einstellungen Jugendlicher in Deutschland umfassend zu vermessen und die Gegenwart hierbei insbesondere auch im Kontext längerfristiger Entwicklungen zu reflektieren. In dieser längerfristigen und umfassenden, die junge Generation in ihrer Vielfalt in den Blick nehmenden Anlage liegt die Stärke dieser Studie, welche ihr regelmäßig eine hohe Aufmerksamkeit in breiten gesellschaftlichen Gruppen garantiert. Dabei kann oder will die Shell Jugendstudie eine Reihe von Dingen nicht sein. So bedingt etwa die Größe der Stichprobe, dass die Studie zwar bundesweit repräsentative Aussagen treffen kann und ebenfalls repräsentativ etwa nach sozialer Schicht, Geschlecht, regionaler Herkunft (Ost-West) usw. differenzieren kann. Ihr sind aber insbesondere keine repräsentativen Aussagen auf der Ebene einzelner Bundesländer möglich. Sie kann und will ebenfalls keine Aussagen zu tagesaktuellen Entwicklungen treffen. Schließlich versteht sie sich vor allem als eine die Einstellungen von Jugendlichen dokumentierende und anschließend in der längerfristigen Perspektive analysierende Studie. Sie ist jedoch kein »policy-paper«, welches selbst aus der Analyse folgende detaillierte Handlungsempfehlungen erstellt.





Die Erstellung einer umfangreichen und komplexen Studie wie die Shell Jugendstudie ist immer mit Kompromissen verbunden. Diese Kompromisse resultieren daraus, dass zur Sicherstellung der langfristigen Berichterstattung große Teile des Fragebogens nicht verändert werden können. Andererseits darf ein Fragebogen aus praktischen Gründen eine gewisse Länge nicht überschreiten. Bei jeder neuen Studie sind insofern schwierige Abwägungen zu treffen, welche alten Teile des Fragebogens gestrichen und welche neu aufgenommen (oder wieder aufgenommen) werden. Diese Abwägungen werden nach bestem Wissen und Gewissen in intensiven inhaltlichen Diskussionen getroffen. Trotzdem ist es aber selbstverständlich immer so, dass man nach dem Vorliegen der Ergebnisse manchmal wünscht, doch noch die eine oder andere Frage gestellt zu haben.

Vorliegend betrifft diese insbesondere die Nachfrage nach dem Grund für den gestiegenen Optimismus der Jugendlichen hinsichtlich der Zukunft der Gesellschaft. Dieser Anstieg ist bemerkenswert, war aber so nicht zu erwarten gewesen. Hier ist es möglich, anhand vieler anderer Ergebnisse der Shell Jugendstudien Interpretationen anzubieten. Das hohe Vertrauen in Staat und Demokratie (nicht: in »die« Politik oder in Parteien!) und der Eindruck einer Mehrheit der Jugendlichen, die Corona-Pandemie hinter sich gelassen zu haben, geben hier

einen Schlüssel zum Verständnis dieses zunehmenden Optimismus an die Hand. Hätte es allerdings im Vorfeld in diese Richtung zeigende Hinweise gegeben, wären sicher deutlich gezieltere Fragen nach dem Grund für den Optimismus möglich gewesen. Dies soll vorliegend nicht als Selbstkritik, sondern vielmehr als Anregung verstanden werden. Die Shell Jugendstudie ist eine sehr breit angelegte Studie, die die junge Generation in ihrer gesamten Differenziertheit und Vielfalt zeigt. Sie war und ist bewusst immer schon als eine Studie angelegt, die dazu einlädt, nicht nur über ihre Ergebnisse zu diskutieren, sondern an einzelnen Stellen auch vertiefend weiter zu forschen. Dies kann dabei durchaus auch mit den Daten der Studie selbst geschehen, welche mit etwas Abstand zu ihrer Publikationen öffentlich über ein Datenrepositorium (GESIS) zugänglich gemacht werden.

Die Shell Jugendstudie stellt ein Institution in der Jugendforschung dar, deren Ruf sich selbstverständlich durch ihre lange Tradition gründet. Der Ruf fußt aber ebenso darauf, dass sie nicht über Jugendliche schreibt, sondern ihre Datengrundlage stets die Einstellungen und Stimmen der Jugendlichen selbst ist. Seit 2002 ist sie konsequent als Trendstudie angelegt. Dies bedingt eine gewisse Freiheit von Überraschungen, denn zu beobachten sind hier stärkere oder schwächere Fortsetzungen von Trends oder aber sich

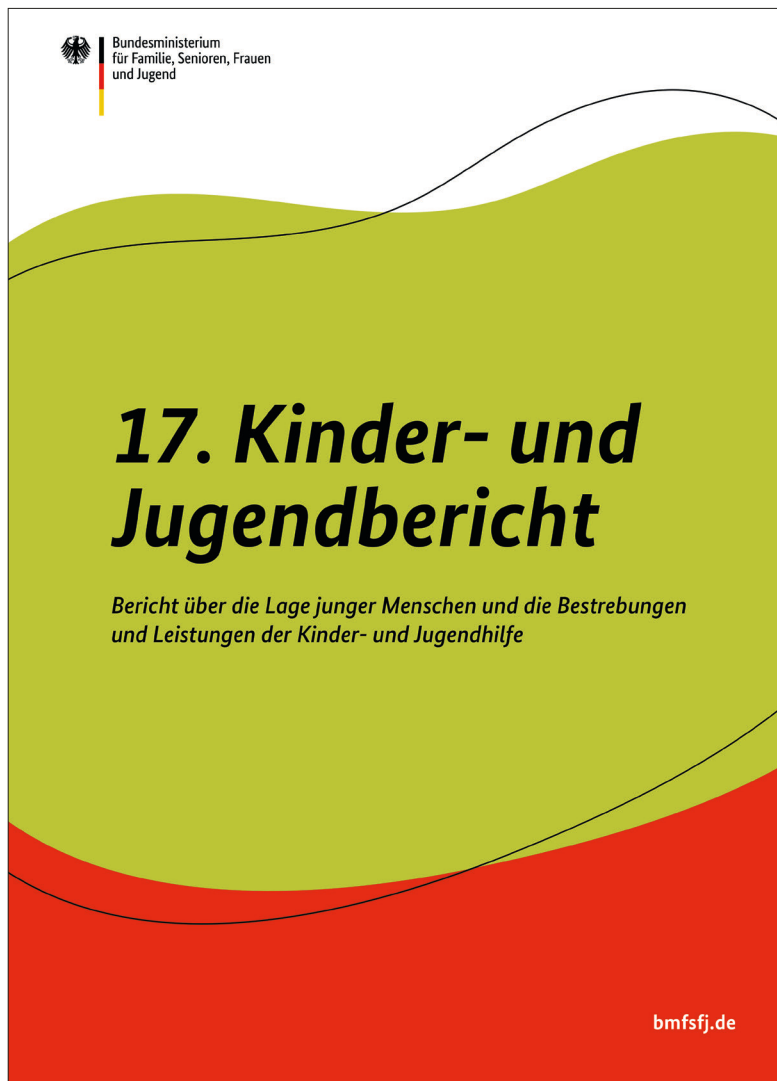
abzeichnende Trendwenden, praktisch nie regelrechte Trend-»Brüche«. Aber genau hier war die vorliegende Studie für eine Überraschung gut: Nach fünf Jahren, in denen eine weltweite Pandemie den Lebensalltag vor allem auch der Jugendlichen massiv veränderte, in der sie die Folgen von Inflation spürten und in denen erstmals seit langer Zeit die Angst vor Krieg aufkam, wäre beim Optimismus hinsichtlich der Zukunft der Gesellschaft eigentlich nur eines zu erwarten gewesen: ein eindeutiger Rückgang. Indes: gegen den erwarteten Trend stieg dieser Optimismus leicht. Dies ist einerseits eine gute Nachricht. Andererseits markiert es genau den Punkt, an dem gegebenenfalls anders und noch tiefer hätte gefragt werden können, wäre diese Entwicklung im Design der Studie auch nur ansatzweise zu erahnen gewesen. Es liegt nahe, als Interpretation hier auf die Erfahrung erfolgreicher kollektiver Krisenbewältigung zu verweisen. Das Ergebnis reizt aber zu weiteren und differenzierteren Nachfragen. Das ist kein Manko der Studie, sondern die Erinnerung daran, dass die Jugend auch heute noch für Überraschungen gut ist!

Die 19. Shell Jugendstudie ist erschienen als: Shell Deutschland GmbH (Hrsg.) Jugend 2019. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt (Konzeption & Koordination: Mathias Albert, Gudrun Quenzel und Verian). Weinheim: Beltz.



# Das politische Logbuch: Der 17. Kinder- und Jugendbericht

Eine Kommentierung durch den Deutschen Bundesjugendring\*



**Warum lesen?** Die Bundesregierung ist nach dem Sozialgesetzbuch verpflichtet, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen »Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe« vorzulegen. Die Politik will also aus wissenschaftlicher Hand erfahren, wie es um die Lebenswelt junger Menschen bestellt ist, um darauf abgestimmt die Gesamtleistungen der staatlichen und der staatlich unterstützten Kinder- und Jugendhilfe anzupassen und weiterzuentwickeln. Mit der Erarbeitung des Berichtes beauftragt die Bundesregierung jeweils eine unabhängige Sachverständigenkommission und bezieht selbst Stellung zu deren Ergebnissen. Daher hat dieser Kinder- und Jugendbericht eine hohe politische Bedeutung für alle Akteure im Bereich der Jugendhilfe. Er ist gewissermaßen das »politische Logbuch«, das die »offizielle« Wahrnehmung der Bundespolitik zur Lage junger Menschen und der Akteure im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe beschreibt. Deshalb schauen auch die Akteure

der Jugendverbandsarbeit genau hin, wie die Lage der Jugendverbände beschrieben wird, welche Leistungen hervorgehoben werden und welche Anerkennung sie erfahren.

Der aktuelle 17. Kinder- und Jugendbericht ist ein sogenannter Gesamtbericht. Das heißt, er hat sich wie jeder dritte Kinder- und Jugendbericht mit der Lage junger Menschen und den Bestrebungen, Leistungen und der Gesamtsituation der Kinder- und Jugendhilfe zu befassen. Darüber hinaus soll das Aufwachsen in einer diversen Gesellschaft und in Zeiten von Krisen berücksichtigt werden.

Zur Beantwortung der Frage, wie »die Kinder- und Jugendhilfe ihrer Verantwortung für ein gutes Aufwachsen der jungen Generation noch besser gerecht werden kann, soll der Bericht Entwicklungsbedarfe aufzeigen und möglichst konkrete politische und fachliche Empfehlungen formulieren«. Insgesamt wurden rund 5400 junge Menschen zwischen fünf und 27 Jahren zu verschiedenen Themen befragt.

punktum dokumentiert nachfolgend den Kommentar des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR) zum Kinder- und Jugendbericht (in gekürzter Fassung). Er gliedert sich zum einem in der Herausarbeitung wesentlicher Erkenntnisse des Berichtes und zum anderen in einer Kommentierung dieser Beschreibungen aus jugendpolitischer Sicht. Diese expliziten Kommentarteile sind nachfolgend mit blauen Kästen unterlegt, die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf den Kinder- und Jugendbericht.

## Auszüge aus der DBJR-Komentierung:

### Bedarfsgerechte Ausstattung des Kinder- und Jugendplans

Der 17. Kinder- und Jugendbericht betont nachdrücklich, dass eine auskömmliche Finanzierung des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) unerlässlich ist. [...] Die Debatten über den Bundeshaushalt haben [jedoch] gezeigt, dass dort die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen nicht im unmittelbaren Fokus stehen und die dringend notwendige auskömmliche Finanzierung des Kinder- und Jugendplans ausgeblieben ist (S. 65).

Der Bericht fordert: »Um Normalität für junge Menschen zu schaffen und Resilienz zu fördern, müssten die Mittel für die Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, ausgebaut und verstetigt werden. Der aktuelle Haushalt der Bundesregierung tue hingegen das komplette Gegenteil« (S. 259).

Anstatt sich auf eine stabile, inflationsberücksichtigende Infrastrukturförderung stützen zu können, seien – so die Sachverständigenkommission – zahlreiche Maßnahmen und Angebote auf kurzfristige Projektförderungen angewiesen. Die zunehmende Abhängigkeit von zeitlich begrenzten Projektmitteln, nicht nur von der Kommission als »Projekteritis« bezeichnet, gefährde die nachhaltige Erfüllung zentraler Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere im Kontext des Fachkräftemangels (S.354).

Auch die Flexibilität ehrenamtlichen Engagements leidet: Statt durch eine verlässliche Infrastruktur unterstützt zu werden, bleibt das Engagement vieler Ehrenamtlicher an die Vorgaben von Projektförderungen gebunden. Diese Vorgaben verpflichten sie, geförderte Projektziele zu verfolgen, bevor sie sich ihren eigentlichen Aufgaben widmen können. Dies schränke – so die Berichtskommission – die inhaltliche Freiheit der Akteur\*innen erheblich ein (S. 340).

Um dieser Situation zu begegnen, empfiehlt der

\* Quelle: [www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Komentierung-17\\_KJB-Bundesjugendring.pdf](http://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Komentierung-17_KJB-Bundesjugendring.pdf)

Bericht eine verlässliche und beständige Infrastrukturförderung. Hierzu seien dauerhafte Strukturförderungen vorzusehen, die auch die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen, und z. B. automatisch dynamisiert werden bei Faktoren wie Inflation und Tarifentwicklung.

Zudem sieht die Sachverständigenkommission ein weiteres Problem in der fehlenden Berücksichtigung von Gemeinkosten durch viele öffentliche Fördergeber, die oft Eigenmittel oder ehrenamtliche Leistungen als Voraussetzung für Projektförderungen verlangen. Diese Forderung bindet wertvolle Ressourcen und zwingt Organisationen, einen beträchtlichen Anteil ihrer Kapazitäten in die Mittelakquise zu investieren, statt diese für inhaltliche Arbeit nutzen zu können (S. 373).

Insgesamt fordert der Bericht die Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf, sich angesichts der angespannten Haushaltslage verstärkt in politische Prozesse einzubringen und sich als Vertreter der Interessen junger Menschen zu positionieren, um deren Anliegen in Entscheidungsprozesse einzubringen (S. 354f.).

**DBJR-Kommentar:** Die Vertretung der Interessen junger Menschen ist eine der originären Aufgaben der Jugendverbände und -ringe, denn »durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten.« Der Bundesjugendring begrüßt, dass die Kommission, wie auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz, diese Erwartung grundsätzlich [auch] bei alle [anderen] Trägern der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Dann die Jugendhilfe »soll [...] insbesondere dazu beitragen, [...] positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.«

Der Bundesjugendring setzt sich seit Langem für eine Verstärkung sowie eine Dynamisierung der Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes ein, damit selbstorganisiertes Engagement auch in Zukunft Bestand haben kann. Sein Ziel ist es, den KJP als zentrales Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene langfristig und nachhaltig zu stärken. Gemeinsam mit anderen Trägern hat er dazu die »initiativeKJP« ins Leben gerufen. Nicht vergessen werden sollte, dass die oben genannte Forderung der Kommission an die Kinder- und Jugendhilfe nur daher notwendig ist, da der Staat seiner gesetzlichen Verpflichtung an dieser Stelle nicht ausreichend nachkommt und dass die Bemühungen für eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit Ressourcen in Anspruch nimmt, die der inhaltlichen Arbeit und der Interessensvertretung in anderen Themen junger Menschen fehlen.

Die von der Berichtskommission aufgezeigte Problematik, dass viele öffentliche Fördergeber hohe Eigenmittel verlangen, teilt der Bundesjugendring ausdrücklich. [...]

### **Kinder- und Jugendbeteiligung umfassend ermöglichen**

Der 17. Kinder- und Jugendbericht definiert Beteiligung als die aktive und sinnvolle Einbindung junger Menschen in Entscheidungen, die ihr Leben betreffen. Diese Partizipation soll ihnen echte Mitgestaltung und Entscheidungsmacht bieten, anstatt nur symbolische Formen der Mitwirkung (S. 173).

Die Berichtskommission betont, dass die konsequente Berücksichtigung der Stimmen junger Menschen für eine lebendige Demokratie unverzichtbar ist. Eine mangelnde Einbeziehung wird als Risiko für die demokratische Kultur gesehen, da junge Menschen durch fehlende Mitsprache oft das Gefühl haben, dass ihre Anliegen in politischen Prozessen kaum Gewicht haben (S. 251). Unter der vielsagenden Überschrift »Jungsein in der Nicht(-)Beteiligungsgesellschaft subsumiert der Kinder- und Jugendbericht, dass trotz wachsender Bemühungen, Beteiligung von jungen Menschen auf allen regionalen und strukturellen Ebenen umzusetzen, eine echte Beteiligung nicht immer stattfindet (S. 184). Zwar zählt der Bericht eine ganze Reihe an Beteiligungsmöglichkeiten insbesondere auf Bundes- und Landesebene auf, merkt jedoch an, dass auf politischer Ebene noch nicht flächendeckend die Rahmenbedingungen für eine wirksame Beteiligung geschaffen wurden (S. 191).

An unterschiedlichen Stellen zeigt der Bericht exemplarisch auf, wie die Interessen und Bedarfe junger Menschen insbesondere in Krisenzeiten vernachlässigt wurden und werden. Die pandemiebedingten Einschränkungen hätten verdeutlicht, wie wenig die Bedürfnisse junger Menschen priorisiert wurden – eine Erfahrung, die bei vielen zu einem Vertrauensverlust in das politische System und die demokratische Gesellschaft geführt hat. Die Sachverständigenkommission fordert daher, dass Politik und Gesellschaft künftig das Wohl junger Menschen stärker berücksichtigen und ihre soziale Teilhabe aktiv sicherstellen. Junge Menschen sollten nicht bloß als Adressat\*innen fertiger Entscheidungen betrachtet, sondern frühzeitig in deren Gestaltung eingebunden werden (S. 87, S. 251).

Weiterhin hebt die Sachverständigenkommission hervor, dass junge Menschen – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund – eine starke Unzufriedenheit mit der Klimapolitik äußern. Viele junge Menschen fühlen sich in ihrem Engagement für Klimagerechtigkeit nicht ernst genommen, was zu einer distanzierten Haltung gegenüber politischen Entscheidungsträger\*innen führen kann

(S. 287). Der Bericht fordert daher, dass jungen Menschen eine Stimme gegeben wird und Räume für den Diskurs um Klimagerechtigkeit eröffnet werden. [...]

Um jungen Menschen verbindlich eine Stimme in allen politischen Entscheidungsprozessen zu sichern, plädiert der Bericht dafür, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Zudem befürwortet die Kommission eine Absenkung des Wahlalters auf Bundesebene. Beide Maßnahmen werden als wichtige Schritte angesehen, um die rechtlichen Grundlagen für eine starke Jugendpartizipation zu schaffen und damit die Demokratie langfristig zu stärken (S. 190f.). Als wichtigen weiteren Baustein, um die Beteiligung junger Menschen in den Kommunen, Ländern, im Bund sowie in Europa zu stärken und diese anzuregen, sich zu beteiligen, hebt der Bericht die Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung hervor, die der Bundesjugendring gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erarbeitet hat (S. 477). Ferner weist der Bericht darauf hin, dass im Koalitionsvertrag der 17. Legislaturperiode klare Ziele für eine eigenständige Jugendpolitik formuliert werden, die auf eine starke Jugendhilfe und Jugendarbeit abzielt, um jungen Menschen die Teilhabe zu ermöglichen und ihre Potenziale zu fördern (S. 476). Eingefordert wird im Bericht, dass sich die Kinder- und Jugendpolitik weiterentwickelt und in sämtliche gesellschaftliche Bereiche, die das Aufwachsen und die Lebensplanung junger Menschen prägen, selbstbewusst einmischt. Dafür müssen junge Menschen bei der Ausgestaltung dieser Angebote wirksam und folgenreich mitwirken können (S.478).

Der Bundesjugendring begrüßt die umfassende Betrachtung der Kinder- und Jugendbeteiligung im 17. Kinder- und Jugendbericht und das klare Bekenntnis zur Notwendigkeit, die Stimme junger Menschen konsequent für ein funktionierendes demokratisches Zusammenleben einzubeziehen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz und die Senkung des Wahlalters unterstützt er ausdrücklich. [...]

Gleichzeitig sieht der Bundesjugendring eine Leerstelle im Bericht. Zwar wird anerkannt, dass es seitens der Politik an flächendeckenden Rahmenbedingungen für eine wirksame Jugendbeteiligung fehlt, jedoch werden keine eigenen Visionen oder konkreten Vorschläge zur Weiterentwicklung formuliert. [...] Dazu hätten z.B. Vorschläge oder Erwartungen an den nur erwähnten Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung (NAP) gehören können. Dieser muss aus Sicht des Bundesjugendrings einen Rahmen schaffen, um bestehende Formate auf Bundesebene besser zu vernetzen und zu koordinieren. Eine

mit dem NAP angestrebte Weiterentwicklung der Jugendstrategie bedeutet für den Bundesjugendring, die bereits bestehenden Strukturen und Ansätze, beispielsweise auch der Eigenständigen Jugendpolitik, sinnvoll zu nutzen und zu stärken, anstatt unkoordiniert neue Formate hinzuzufügen, die letztlich mit bestehenden Strukturen um unzureichende Ressourcen konkurrieren. [...] Wirksame Jugendbeteiligung orientiert sich an den »Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung« und stärkt die Rolle gewählter Vertreter\*innen, wodurch sichergestellt wird, dass junge Menschen nicht lediglich in ihrem eigenen Namen sprechen, sondern gemeinsam ausgehandelte Positionen in den Beteiligungsprozess einbringen. Dies setzt ein Verständnis von Beteiligung voraus, das nicht von oben verordnet, sondern von den jungen Menschen selbst gestaltet wird. Statt zentraler, top-down organisierter Formate braucht es daher bottom-up-Strukturen, die dem Gedanken des Subsidiaritätsprinzips nach § 4 SGB VIII folgen.

Ein positives Beispiel für gelungene Jugendbeteiligung sieht der Bundesjugendring im Beteiligungsprozess des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, der über die »Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen« Jugendverbänden und -organisationen die Möglichkeit gibt, ihre Forderungen strukturiert und niedrigschwellig in die Politik einzubringen. Solche Formate bauen auf bestehendem zivilgesellschaftlichem Engagement auf, stärken die Selbstorganisation junger Menschen und schaffen eine stabile Grundlage für echte Mitsprache. [...]

### **Ehrenamtliches Engagement stärken**

Der Bericht hebt die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements junger Menschen hervor und definiert dieses als freiwillige, unentgeltliche und gemeinwohlorientierte Tätigkeit, die durch gemeinschaftliches Handeln gekennzeichnet ist und demokratische Werte fördert (S. 337). Ehrenamtliches Engagement ist eine zentrale Stütze der Gesellschaft und für das Funktionieren eines demokratischen Staates unerlässlich (S. 339). Die Sachverständigenkommission betont, dass das Engagement und die Partizipation junger Menschen selbst eine wichtige Basis für Teilhabe und Identifikation sowie für die Befürwortung der freiheitlichen demokratischen Gesellschaft bilden (S. 339). Insbesondere die Jugendverbände und -ringe, die niedrigschwellige Zugänge zum Engagement eröffnen, begleiten und Qualifizierungsangebote wie die Jugendleiter\*innen-Card schaffen, bezeichnen sich laut Bericht daher nicht zu Unrecht als Werkstätten der Demokratie(-bildung) (S. 338f.).

Der Bericht benennt deutlich zahlreiche Herausforderungen für junges Engagement, allen voran die Überfrachtung von Ehrenamtsarbeit mit bürokratischen und administrativen Aufgaben. Besonders problematisch sei hierbei die umfassende Erfüllung der rechtlichen Anforderungen zur Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus (S. 340). Verschärft wird dies durch den Fachkräftemangel, dem der Bericht das mittel- und langfristige größte Krisenpotenzial für das ehrenamtliche Engagement zuschreibt. Durch die verminderte Zahl hauptberuflichen Personals breche das fachliche Gerüst für ehrenamtlich tätige weg. [...]

Der Kinder- und Jugendbericht thematisiert die immer wieder aufflammende Debatte um einen allgemeinen Pflichtdienst, die zuletzt durch den Bundespräsidenten ins Rampenlicht gerückt wurde und nun zusätzlich durch die Diskussionen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht an Bedeutung gewinnt. In diesem Zusammenhang wird oft das Argument vorgebracht, junge Menschen müssten zunächst lernen, sich für die Gesellschaft zu engagieren oder eine Art Gegenleistung zu erbringen. Der Bericht weist jedoch darauf hin, dass diese Sichtweise stigmatisierende Bilder einer egoistischen und hedonistischen Jugend – der sogenannten »Partypeople« – erzeugt, die im Widerspruch zu den ungebrochenen Zahlen der Beliebtheit von Freiwilligendiensten stehen (S. 345).

Die Sachverständigenkommission hebt hervor, dass die Debatte über (soziale) Pflichtdienste wenig dazu beiträgt, junge Menschen für ehrenamtliches Engagement zu motivieren; vielmehr fördert sie ein Abwehrverhalten gegenüber sozialer Mitwirkung (S. 343). Zudem wird festgestellt, dass ein Pflichtdienst rechtlich kaum umsetzbar wäre, die Finanzierung der erforderlichen Einsatzbereiche kaum zu gewährleisten ist und die Grundprinzipien der Freiwilligkeit untergraben würden (S. 345).

Statt eines verpflichtenden Dienstjahres oder gar finanzieller Kürzungen der Förderung für Freiwilligendienste sieht der Bericht die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Strukturen und Organisationen in diesem Bereich, um deren Attraktivität zu gewährleisten. Es ist entscheidend, den Wert der Freiwilligkeit zu erkennen und zu schätzen sowie bestehende Schwächen im System der Freiwilligendienste zu beheben (S. 347).

Aus Sicht des Bundesjugendrings ist es zu begrüßen, dass der Kinder- und Jugendbericht umfassend auf die Herausforderungen im ehrenamtlichen Engagement eingeht und dabei die bürokratischen Hürden hervorhebt, die es zwingend abzubauen gilt. [...] [Der DBJR] sieht im Entwurf des Steuerfortentwicklungsgesetzes und der damit einhergehenden Anpassungen des Gemeinnützigkeitsrechts insofern einen Schritt in die richtige Richtung,

dass damit gemeinnützige Vereine sich über ihre Satzungszwecke hinaus gelegentlich tagespolitisch äußern dürften. Ziel muss es aus Sicht des Bundesjugendrings jedoch bleiben, das Engagement für Demokratie als solches als Gemeinnützigkeitszweck anzuerkennen.

Eine im Bericht nicht aufgeführte, jedoch wesentliche bürokratische Entlastung für das Ehrenamt kann eine vom Bundesjugendring schon lange geforderte Verfahrensanpassung sein, um die Prüfung der Voraussetzung nach § 72a SGB VIII für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit deutlich zu vereinfachen. Statt der bisherigen aufwändigen Beantragung, Vorlage, datenschutzkonformen Einsicht und Dokumentation würde eine zentrale Abfragemöglichkeit beim Bundeszentralregister, die als Ergebnis nur die Aussage enthält, ob einschlägige Einträge vorliegen oder nicht, ehrenamtliche Strukturen deutlich entlasten ohne die Aussagekraft zu verringern.

Der Bundesjugendring begrüßt das klare Bekenntnis des Berichts zu Freiwilligendiensten und gegen einen Pflichtdienst. Angesichts der erneuten Debatte über eine mögliche Einführung eines Pflichtdienstes, auch im Zusammenhang mit dem Wehrdienst, betont der Bundesjugendring die Position, die auf der 97. Vollversammlung beschlossen wurde: »Freiwilligkeit stärkt Demokratie und den Zusammenhalt – für einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst statt eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres«. [...]

### **Mentale Gesundheit: Umfassenderes Verständnis und gezielte Unterstützung**

Der Kinder- und Jugendbericht liefert eine umfassende Analyse der multiplen Krisen und Herausforderungen, mit denen junge Menschen derzeit konfrontiert sind. Er macht deutlich, dass diese Krisen sich in einer Vielzahl von Stressfaktoren manifestieren, die potenziell negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit junger Menschen haben können. Die Herausforderungen sind vielfältig und reichen von den hohen Anforderungen des Bildungssystems und finanziellen Unsicherheiten bis hin zu den gravierenden Folgen kriegerischer Konflikte und globaler Krisen, insbesondere der Corona-Pandemie (S. 168).

Die Auswirkungen der Pandemie auf die junge Generation waren gravierend und oft unzureichend beachtet. Ihre Resilienz wurde laut Bericht stark beansprucht und die anhaltenden Belastungen führten zu einer erheblichen Beeinträchtigung ihrer psychischen Gesundheit (S. 57). Ein weiteres zentrales Thema ist die Einsamkeit, die mittlerweile als relevantes Anliegen in der Kindheits- und Jugendforschung anerkannt ist und als Indikator für weitreichende psychische Belastungen dient (S. 89). [...]

Die Einschätzung der Sachverständigenkommission, dass die mentale Gesundheit junger Menschen nicht isoliert, sondern im Kontext vielfältiger gesellschaftlicher und planetarer Krisen betrachtet werden sollte, entspricht der Position des Bundesjugendrings »Mentale Gesundheit junger Menschen in Krisenzeiten stärken!«. [...] Zwar hat eine Sensibilisierung für die wachsenden mentalen Belastungen junger Menschen stattgefunden, jedoch mangelt es bisher an gezielten und vernetzten politischen Maßnahmen. Der Bundesjugendring fordert daher eine stärkere Verzahnung von Jugend- und Gesundheitspolitik, um der mentalen Gesundheit junger Menschen die umfassende, multiperspektivische Betrachtung zu geben, die sie erfordert. [...]

### Demokratie unter Druck – Demokratiebildung

Der Kinder- und Jugendbericht thematisiert die wachsende Bedrohung der Demokratie durch verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die sowohl Einzelne als auch die Gesellschaft gefährden und zu Übergriffen sowie Gewalt führen können (S. 107). Diese Entwicklungen machen auch vor den Lebenswelten junger Menschen nicht Halt und beeinflussen deren Leben in analoger und digitaler Form (S. 248).

Obwohl junge Menschen in Deutschland der Demokratie als Staatsform grundsätzlich zustimmen, haben sie ein deutlich negativeres Bild von politischen Parteien und deren Vertreter\*innen. Viele empfinden die Parteipolitik als zu kurzfristig, auf Wiederwahl ausgerichtet, langsam in der Umsetzung und inkonsistent. Diese Wahrnehmungen führen dazu, dass die Politik als unattraktiv wahrgenommen wird, insbesondere im Hinblick auf die Interessen der jüngeren Generation (S. 248).

Die Sachverständigenkommission verweist auf das Recht jedes jungen Menschen »auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit« die zentralen Aufgaben zur Verwirklichung des Rechtes, die das Kinder- und Jugendhilfegesetz der Kinder- und Jugendhilfe überträgt. Sie sei in besonderer Verantwortung, um jungen Menschen die demokratischen Werte näher zu bringen. Sie sollten dazu befähigen, Demokratie zu erleben und mitzugestalten (S. 487f.). [...]

Der Bericht macht deutlich, dass das breite Spektrum der Jugendverbände und -ringe sowie anderer Jugendorganisationen ein gemeinsames klares Verständnis für die Notwendigkeit der Demokratiebildung und Demokratieförderung teilt. Sie blicken auf jahrzehntelange Erfahrungen zurück und weisen regelmäßig eine in den Satzungen der Organisationen verankerte klare Ablehnung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in jeglicher Form und eine Ablehnung von Gewalt auf (S. 489).

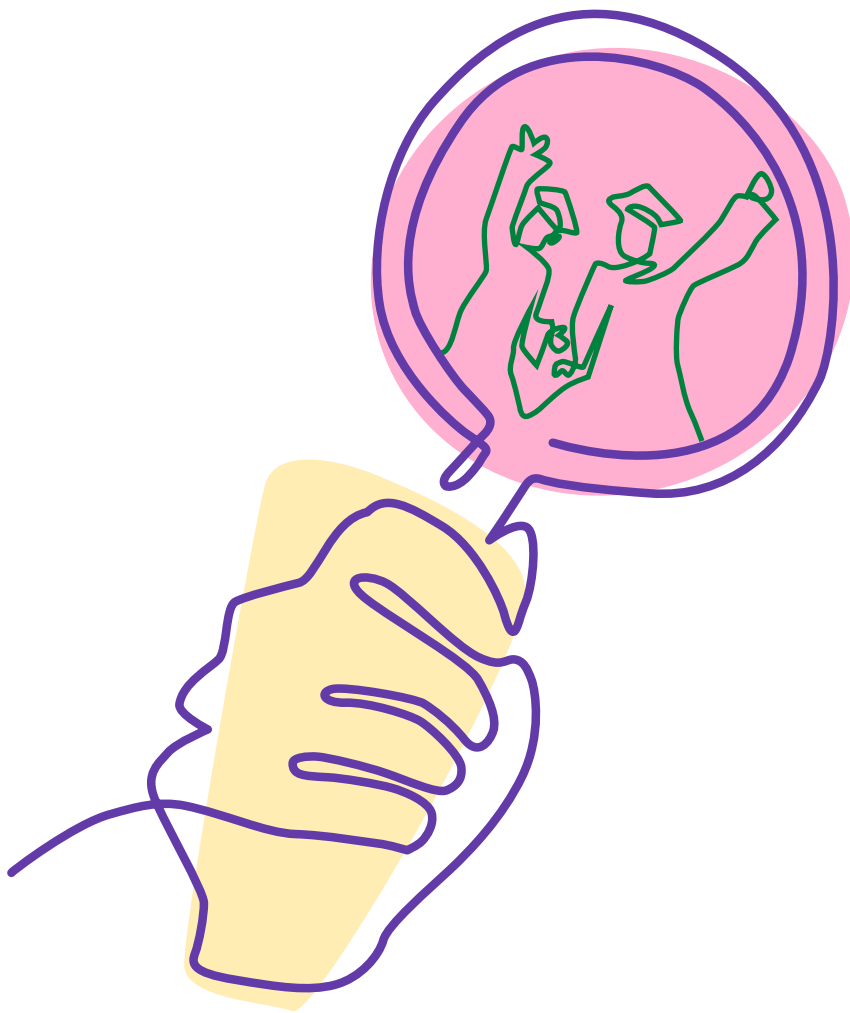
Zum »Mythos Neutralitätsgebot« stellt der Bericht klar, dass rechtspopulistische Kreise das mit dem Beutelsbacher Konsens bestehende Kontroversitätsgebot immer wieder als Neutralitätsgebot verfälscht haben, um zu verhindern, dass demokratiefeindliche Bestrebungen und Ideologien der Ungleichheit im Rahmen demokratischer Bildung kritisch erörtert und als solche klar benannt werden. Dies übersieht, dass junge Menschen innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe Angebote der Demokratiebildung erfahren sollen, was umgekehrt heißt, dass zum Auftrag der Jugendhilfeleistungen gezielt auch der Auftrag gehört, die Überzeugungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorzuleben, zu erklären und somit Fragen und Diskurse über politische und gesellschaftliche Themen zulassen und begleiten zu müssen. Das parteipolitische Neutralitätsgebot darf daher nicht mit einer inhaltlichen politischen Neutralität verwechselt werden (S. 250).

Die mit dem Demokratiefördergesetz geplante, aktuell aber nicht weiter vorangetriebene, gesetzliche Verankerung von Demokratieförderung, hätte – so der Bericht – ein Instrument zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung bewährter Strukturen zur Vielfaltsgestaltung, Extremismusprävention und politischer Bildung sein können. Damit wären für viele Programme, die mit einem phänomenübergreifenden Ansatz auf Demokratiebildung und Demokratieförderung ausgerichtet sind, die Partizipation und das Empowerment sowie das Gemeinwesen und der gesellschaftliche Zusammenhalt als Kernziele in den Vordergrund gerückt und eine gesetzliche Grundlage für nachhaltige Förderung ermöglicht worden. (S. 489).

[...] Der Bundesjugendring begrüßt ausdrücklich die klare Benennung des Zustands unserer Demokratie im Kinder- und Jugendbericht: Sie ist unter Druck. Dies zeigt auch eine bundesweite Erhebung zu den Sorgen und konkreten Befürchtungen von Jugendverbänden und -ringen vor erstarkenden rechtsextremen Parteien und ihrer möglichen Regierungsbeteiligung, die der Bundesjugendring in diesem Jahr durchgeführt hat.

Es ist gut und richtig, dass der Kinder- und Jugendbericht deutlich benennt, dass junge Menschen seit vielen Jahren stabil und in hohem Maße zur Demokratie in Deutschland als Staatsform stehen, während sie politische Parteien und deren Vertreter\*innen zunehmend kritisch betrachten, da sie die Parteipolitik oft als inkonsistent und ihre Interessen nicht berücksichtigend empfinden. Diese Erkenntnis ist besonders relevant angesichts der zunehmenden und pauschalisierenden Kritik am Wahlverhalten junger Menschen bei den jüngsten Landtagswahlen. Anstatt ungerechtfertigte Schuldzuweisungen für ihr Wahlverhalten

auszusprechen, benötigen junge Menschen von allen demokratischen Parteien ein umfassendes jugendpolitisches Angebot, das die Vielfalt politischer Themen und Handlungsfelder umfasst, die ihre Gegenwart und Zukunft betreffen. [...] Demokratiebildung [...] spielt dabei eine zentrale Rolle. Diese findet insbesondere in Jugendverbänden als »Werkstätten der Demokratie« statt, die jungen Menschen die Möglichkeit bieten, aktiv Verantwortung zu übernehmen, eigene Projekte zu realisieren und demokratische Erfahrungen zu sammeln. Dennoch offenbart die enge Verknüpfung von Problemanalyse und der Forderung nach verstärkter Demokratiebildung, wie sie auch im Kinder- und Jugendbericht vorgenommen wird, eine Problematik im Diskurs: Politische Akteure fordern häufig immer dann mehr Demokratiebildung, wenn junge Menschen »ausscheren«, indem sie beispielsweise Parteien unterstützen, die außerhalb des demokratischen Spektrums agieren. Der Bundesjugendring sieht hier die Notwendigkeit eines Umdenkens: Demokratiebildung ist keine »Feuerwehr«, die immer erst dann anrückt, wenn die Problemlagen bereits offensichtlich sind. Zur langfristigen Stärkung der Demokratie muss die Politik vielmehr Räume für junge Menschen schaffen, echte Partizipation ermöglichen und einen Schwerpunkt auf politische Bildung legen, die nicht nur in Schulen, sondern vor allem im außerschulischen Kontext, wie in Jugendverbänden, stattfindet. Politische Bildung muss als emanzipatorischer Prozess verstanden werden, der partizipativ und unter Mitbestimmung der jungen Menschen gestaltet wird. Bestehende Strukturen der Demokratiebildung müssen gestärkt werden, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, gesellschaftliche Verhältnisse kritisch zu reflektieren und eigene Positionen zu entwickeln. Andernfalls droht die Demokratie langfristig zu erodieren. Eine nachhaltige und strukturelle Regelförderung ist daher unerlässlich und der Projektförderung vorzuziehen. Ferner unterstützt der DBJR die durch die Berichtskommission vorgenommene Interpretation der Entwicklungsziele des SGB VIII und verteidigt die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gegen »vielfach behauptete und fehlinterpretierte angebliche politische Neutralitätspflichten«, die insbesondere von rechtsextremen Kräften als Mythos eines Neutralitätsgebots verbreitet werden. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass diese Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe auf dem Recht eines jeden jungen Menschen, »auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und



gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit« beruht (§1 Abs. 1 SGB VIII). Die Annahme dieser Verantwortung ist eng verknüpft mit der Verpflichtung des Staates, die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu fördern und Angebote gemäß §11 Abs. 1 SGB VIII bereitzustellen. Insbesondere im Bereich der Jugendverbandsarbeit besteht eine »unbedingte Verpflichtung zur Förderung«, denn die »in §12 SGB VIII verankerte Förderungsverpflichtung knüpft inhaltlich nicht an die Förderung einzelner Projekte, sondern an die Existenz der Jugendverbände und Jugendgruppen an.«

### Schutz von Kindern und Jugendlichen priorisieren

Der 17. Kinder- und Jugendbericht unterstreicht, dass ein effektiver Kinder- und Jugendschutz nur durch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit Schutzkonzepten als Schutzprozesse erreicht werden kann. Vorfälle, bei denen Pflegekinder in die Obhut von straffällig gewordenen Personen gegeben wurden, verdeutlichen den dringenden Bedarf an Schutzkonzepten auch für Jugendämter (S. 439).

Institutionelle Schutzkonzepte seien heute von zentraler Bedeutung und sollten verschiedene Maßnahmen zur Gewaltprävention in pädagogischen Einrichtungen umfassen, die Ursachen und Folgen von Gewalt berücksichtigen und auch neue Erkenntnisse über die Rolle von »Dritten«, also Bystandern bei sexualisierter Gewalt umfassen.

Zentrale Elemente dieser Konzepte beinhalten darüber hinaus die Partizipation der Betroffenen, Beschwerdeverfahren, Verhaltensregeln, Präventionsangebote sowie spezifische Fortbildungen für Mitarbeitende. Eine offene Einrichtungskultur, die Sexualität thematisiert und Machtverhältnisse reflektiert, ist, so der Kinder- und Jugendbericht, entscheidend (S. 440).

Der Bericht empfiehlt ferner, Schutzkonzepte als organisationsspezifische Entwicklungsprozesse zu betrachten, die ein unterstützendes Schutzklima schaffen, das durch die Beteiligung aller Mitglieder gefördert wird. Dabei seien partizipative Risiko- und Potenzialanalysen wesentlich, um spezifische Maßnahmen wie Leitbilder und Handlungspläne zu entwickeln (S. 441). Zudem wird die inklusive Ausrichtung von Schutzkonzepten betont, insbesondere im Kontext von Menschen mit Behinderungen, in Heimerziehung oder unter Geflüchteten. [...]

Dem stimmt der Bundesjugendring zu, denn das Engagement im Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt ist ein unverzichtbares Element des Selbstverständnisses der Jugendverbände und -ringe. Er stellt bereits 2016 in seiner Position »Prävention braucht Struktur« fest: »Ein wirksamer Schutz vor sexualisierter Gewalt in unseren Strukturen kann durch solche Präventionsmaßnahmen allerdings nur dann erreicht werden, wenn ihnen eine Gesamtstrategie zugrunde liegt, welche die

spezifischen Strukturen und Prinzipien der Jugendarbeit einbezieht sowie auf allen Ebenen von Jugendverbänden und -ringen wirksam wird.« Die Stärkung von individueller, struktureller und gesellschaftlicher Aufarbeitung, die Qualitätssicherung im Kinderschutz und die Unterstützung Betroffener ist für Jugendverbände und -ringe ein wesentliches Ziel. Dies hat der Bundesjugendring zuletzt in seiner Stellungnahme zum inzwischen vorliegenden Entwurf eines »Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen« deutlich gemacht und darin auch den Entwurf in seiner Zielstellung und Grundausrichtung sowie die damit angestrebte Stärkung des Rechtes auf Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung ausdrücklich begrüßt. Die darin vorgesehene Erweiterung der Vorgaben zur Qualitätsentwicklung im Bereich »Gewaltschutz« für alle Handlungsfelder verpflichtend zu machen, begrüßt er. Der Bundesjugendring betont jedoch auch, dass für die spezifischen ehrenamtlich geführten Strukturen auch Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort geschaffen und ausgebaut werden müssen, da Schutzkonzepte speziell an die Bedürfnisse jeder Organisation und vor Ort angepasst werden. Ein wirksamer Schutzprozess erfordert immer eine regelmäßige Reflexion und Anpassung. [...]

### Diversität anerkennen und fördern

Der 17. Kinder- und Jugendbericht betont die zunehmende Vielfalt in den Lebenswelten und Orientierungen junger Menschen in Deutschland (S. 110). Er hebt die Bedeutung einer diversitätssensiblen Perspektive hervor und untersucht diese in zwei zentralen Dimensionen: Erstens reflektiert er die objektive Diversität in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Deutschland zeigt sich als Gesellschaft, die in vielfältiger Hinsicht divers ist. Zweitens wird auf die Selbstbilder und sich verändernde Normen der Bevölkerung bezüglich Diversität eingegangen (S. 111).

Die Sachverständigenkommission nimmt eine postheteronormative Perspektive ein und betrachtet sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in ihrer gesamten Breite als Bedingung des Aufwachsens junger Menschen (S. 215). Zur erheblichen Verbesserung der Lebensqualität für trans-, inter- und non-binäre Personen in Deutschland habe das Selbstbestimmungsgesetz, das im November 2024 in Kraft tritt, geführt (S. 220). Jedoch kritisiert der Bericht, dass Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe oft die Auswirkungen von Heteronormativität und die Bedarfe nicht-heterosexueller und nicht-cisgeschlechtlicher Jugendlicher unterschätzen. [...]

Auch Einwanderung prägt das Aufwachsen in Deutschland. Der Kinder- und Jugendbericht betont

die positive Haltung junger Menschen gegenüber einer Einwanderungsgesellschaft die zeige, dass Diversität in den Lebenswelten junger Menschen zunehmend als Normalität anerkannt wird (S. 207). In Bezug auf religiöse und kulturelle Identitäten macht der Bericht darauf aufmerksam, dass hier bisweilen strukturelle Hürden bestehen, etwa für muslimische Jugendverbände. Für in religiöser Hinsicht muslimisch orientierte Träger der Kinder- und Jugendhilfe ergebe sich bisher meist eine zwingende Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, was deren Engagement und Anerkennung in der Jugendhilfe einschränkt (S. 317).

Behinderung als Differenzkategorie wird im Bericht emanzipatorisch verstanden und zielt darauf ab, gesellschaftliche Teilhabebarrrieren abzubauen und die Befähigung von Menschen mit Behinderung zu fördern (S. 209). Trotz dieser Perspektive sind Freizeitgestaltung und kulturelle Teilhabe für Jugendliche mit schweren Behinderungen oft erschwert, beispielsweise durch fehlende Zugänge oder spezifische Unterstützungsangebote.

Um den Anforderungen einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft gerecht zu werden, fordert der Bericht von den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe eine Offenheit für Diversität. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass qualitativ gute Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe in einer vielfältigen Gesellschaft nicht lediglich konzeptionelle, sondern strukturelle und personelle Aspekte umfasst, um Aufgaben, Funktionen und die Leistungsrealität der Kinder- und Jugendhilfe vielfältiger zu machen. [...]

[Der] DBJR [...] hat sich in den Gesetzgebungsprozess rund um das Selbstbestimmungsgesetz eingebracht und dabei gefordert, dass die Altersgrenze, ab der auch ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten die Möglichkeiten des Selbstbestimmungsgesetzes in Anspruch genommen werden können, auf 14 Jahre herabgesenkt werden muss. Mit der nun im Selbstbestimmungsgesetz festgeschriebenen Altersgrenze von 18 Jahren bleibt dieses an entscheidender Stelle hinter anderen liberalen Errungenschaften für ein selbstbestimmtes Aufwachsen junger Menschen zurück. Insofern kann der Bundesjugendring die Einschätzung der Sachverständigenkommission, dass das Selbstbestimmungsgesetz zu einer erheblichen Verbesserung der Lebensrealität für trans-, inter- und non-binäre Personen in Deutschland geführt hat, nicht uneingeschränkt teilen.

Der Bundesjugendring begrüßt, dass der Kinder- und Jugendbericht umfassend unterschiedliche Diskriminierungskategorien in den Blick nimmt und notwendige Schritte für gesellschaftliche Teilhabe und den Abbau von Diskriminierung formuliert. Gleichzeitig erkennt

der Bundesjugendring an, dass die diskriminierungskritische Öffnung der eigenen Strukturen notwendig ist. Hier sind alle Träger der Kinder- und Jugendhilfe in der Pflicht, ihren eigenen Beitrag zu leisten. Hierfür hat der Bundesjugendring zahlreiche Formate geschaffen, die diese Prozesse begleiten und kontinuierlich reflektieren. Gleichwohl ist die geteilte Erfahrung diskriminierungskritischer und inklusiver Öffnungsprozesse, dass diese neben einer ausgeprägten diskriminierungskritischen Haltung vor allem Zeit und monetäre Ressourcen benötigen. [...]

#### Armut in Kindheit und Jugend überwinden

Die Anzahl der jungen Menschen in Deutschland, die in Armut leben, ist alarmierend. Dabei ist Kinder- und Jugendarmut kein Schicksal, sondern eine Folge der mangelhaften finanziellen Absicherung junger Menschen und ihrer Familien, so der Kinder- und Jugendbericht. Hier wirft die Sachverständigenkommission den politischen Verantwortlichen Untätigkeit vor. Obgleich der Nachweis, dass Kinder und Jugendliche in Armut mit einem eklatanten Mangel an Teilhabe aufwachsen, seit Jahrzehnten vorliege und ihre systematische Benachteiligung hinlänglich untersucht sei, habe dieses Wissen in den letzten Jahren nichts grundlegend verändert (S. 136). Die Sachverständigenkommission regt an, dass sich alle gesellschaftlichen Akteur\*innen und Gruppen über eine nachhaltige Strategie zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut verständigen sollen (S. 192).

Umfassend geht der Bericht auf die Kindergrundsicherung ein. Dieses wichtige armuts-, kinder- und familienpolitische Instrument sei entwickelt worden, um zu einem Paradigmenwechsel zu bewirken, die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut politisch zu priorisieren und Möglichkeiten zielgenauer Maßnahmen zu schaffen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es laut dem Bericht grundlegender Entscheidungen über die konkrete Ausgestaltung – insbesondere beim Zugang und der Höhe der Leistung und des hierfür neu zu ermittelnden Existenzminimums. Darüber hinaus sollten mit einer Kindergrundsicherung ein Abbau von Bürokratie sowie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbunden sein. Kern des Konzepts ist laut der Sachverständigenkommission der Gedanke, dass Kinder und Jugendliche als Anspruchsberechtigte anerkannt werden (S. 193).

Der Bundesjugendring ist der Auffassung, dass in der Zivilgesellschaft bereits umfassende und nachhaltige Strategien zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut in Deutschland entwickelt wurden, es jedoch an der politischen Umsetzung dieser Konzepte, mangelt. Im Rahmen des Ratschlags Kinderarmut haben

der Bundesjugendring und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut formuliert und in einer gemeinsamen Erklärung veröffentlicht. Dazu gehören auch Empfehlungen für die Ausgestaltung einer echten Kindergrundsicherung, die eine Neubewertung des soziokulturellen Existenzminimums sowie Verbesserungen der Leistungen in den Bereichen Bildung und Teilhabe umfasst. Darüber hinaus betont der Bundesjugendring, dass zur Unterstützung junger Menschen in verschiedenen Lebensphasen zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, wie etwa eine Regelsatzberechnung im Bafög, die sich am tatsächlichen Bedarf der Studierenden orientiert und regelmäßig aktualisiert wird, sowie die Bereitstellung von günstigem Wohnraum für junge Menschen in Studium oder Ausbildung. Auch diese Forderungen für konkrete Maßnahmen liegen politischen Entscheidungsträger\*innen bereits seit Langem vor. Um die vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen erfolgreich umzusetzen, bedarf es nicht nur eines umfassenden politischen Willens, der die Bedürfnisse junger Menschen in den Mittelpunkt rückt, sondern auch einer nachhaltigen, jugend- und generationengerechten Fiskalpolitik. In diesem Kontext sieht der Bundesjugendring im Kinder- und Jugendbericht eine entscheidende Leerstelle. [...]

#### Räume für Freizeitgestaltung stärken

Die Schaffung und Stärkung von Räumen für die Freizeitgestaltung junger Menschen ist von zentraler Bedeutung für ihre soziale Entwicklung und Identitätsfindung. Der Kinder- und Jugendbericht hebt hervor, dass diese Räume als eigenständige Entwicklungs- und Erprobungsräume fungieren müssen. Es geht nicht lediglich um systematische Fördermaßnahmen, sondern vielmehr darum, Freiräume für die persönliche Entfaltung zu gewährleisten, insbesondere durch sozialpädagogische Angebote. Regelmäßige Gruppenstunden, geschlechterspezifische Programme, Ferienfreizeiten sowie sportliche, kreative und künstlerische Angebote, die auf die Interessen der jungen Menschen zugeschnitten sind, spielen dabei eine entscheidende Rolle (S. 375).

Allerdings stellt der Bericht fest, dass es einen besorgniserregenden Rückgang an Einrichtungen gibt, die für die Freizeitgestaltung und außerschulische Bildung junger Menschen von Bedeutung sind. Der Bericht weist auf den Rückgang unter anderem von Jugendbildungsstätten hin, was zu einer Einschränkung der Freiräume für selbstbestimmte Freizeitgestaltung und Erholung führt (S. 369). Der von den jungen Menschen nicht besonders geschätzte Ausbau der Ganztagschulen verschärfe aus ihrer Perspektive den Mangel an frei verfügbarer, selbstbestimmt zu gestaltender Freizeitzeit. (S. 138).

Betont wird, dass Jugendliche oft mit einer Vielzahl von Verpflichtungen konfrontiert sind, die ihnen kaum Raum für soziale Kontakte oder Erholung lassen. Besonders auffällig sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im subjektiven Zeitempfinden: Weibliche Jugendliche berichten häufiger von einem Mangel an Zeit für Familie, Freunde und persönliche Auszeiten (S. 149). Die unzureichende Verfügbarkeit finanzieller Mittel sowie der steigende Leistungsdruck in der Schule führen zudem zu einer geringeren Zufriedenheit mit den zeitlichen Freiräumen, die jungen Menschen zur Verfügung stehen (S. 150). Vor dem Hintergrund der Einschränkungen während der Covid-19-Pandemie betont der Bericht die Notwendigkeit, unmittelbar nach den Beschränkungen, aber auch noch weit darüber hinaus, insbesondere in den Freizeitbereich der jungen Menschen zu investieren und hier Normalität oder gar einen Angebotsüberschuss herbeizuführen, wie es auch vom Deutschen Ethikrat gefordert wird (S.257). [...]

Der Bundesjugendring teilt die Einschätzung der Berichtskommission, dass junge Menschen Freiräume benötigen, um sich in ihrer Persönlichkeit und ihren Fähigkeiten zu entfalten. Freiräume bedeuten aus Sicht des Bundesjugendrings einerseits Zeiträume, in denen junge Menschen ohne äußere Vorgaben ihren Interessen nachgehen können. Hier stimmt der Bundesjugendring mit dem Kinder- und Jugendbericht darin überein, dass diese zeitlichen Freiräume zunehmend durch steigenden Leistungsdruck, die Verdichtung von Lerninhalten sowie den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote eingeschränkt werden. Dies wird sich aus Sicht des Bundesjugendrings mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026 für diese Altersgruppe noch weiter verstärken.

Der zunehmende Mangel an Freiraum ist auch eine Folge wachsender Zukunftssorgen junger Menschen in einer wettbewerbsorientierten Gesellschaft, die sie beständig antreibt, sich in allen Lebensbereichen zu behaupten. Die ständige Botschaft, nur durch herausragende Leistungen in der globalisierten Welt erfolgreich bestehen zu können, erzeugt zusätzlichen Druck. Junge Menschen erleben diesen Konkurrenzdruck bereits in der Schule, in der der Zugang zu attraktiven Studien- und Ausbildungsplätzen hart umkämpft ist. Junge Menschen benötigen neben der notwendigen Anregung und Erziehung Freiräume als Räume ohne staatliche oder gesellschaftliche Vordefinitionen, in denen das Aufwachsen so wenig wie möglich von außen gesteuert oder normiert wird. Diese Räume zu sichern und neu zu schaffen, ist Aufgabe der gesamten

Gesellschaft. In diesem Sinne werden Freiräume sowohl in zeitlicher, lokaler und -gestalterischer Dimension, aber auch im übertragenen Sinne benötigt. Die tatsächliche Verfügbarkeit von Orten, an denen sich junge Menschen unverzweckt aufhalten und entfalten können, verringert sich stetig. Der Bericht dokumentiert den anhaltenden Rückgang an entsprechenden Einrichtungen wie etwa Jugendbildungsstätten. Hier fordert der Bundesjugendring bereits seit Langem die Umsetzung eines entsprechenden Investitionsprogramms, um Jugendbildungsstätten und andere gemeinnützige Freizeit- und Übernachtungsstätten als zentrale Orte der Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten.

### Schlussbemerkungen

Der 17. Kinder- und Jugendbericht ist [...] für die Arbeit des Bundesjugendrings von großer Bedeutung und wird einen zentralen Referenzrahmen bilden. Der DBJR begrüßt ausdrücklich, dass der Bericht die komplexe Lage unterschiedlicher Krisen und ihre weitreichenden Auswirkungen auf junge Menschen umfassend beleuchtet. Positiv hervorzuheben ist, dass der Bericht an entscheidenden Stellen anwaltschaftlich Position für junge Menschen einnimmt und treffende Zustandsbeschreibungen bietet – etwa, wenn er die Gesellschaft als eine »(Nicht)-Beteiligungsgesellschaft« für junge Menschen beschreibt und ihre Rolle als gesellschaftliche Minderheit anspricht. Der Bundesjugendring hätte sich teilweise jedoch weniger Beschreibung sondern politische und fachliche Empfehlungen im Sinne des gesetzlichen Auftrags gewünscht: »Neben der Bestandsaufnahme und Analyse sollen die Berichte Vorschläge zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe enthalten.«

Der Bundesjugendring vermisst an einigen Stellen des Kinder- und Jugendberichts genauere und klare Formulierungen der Sachverständigenkommission. Die Formulierung, dass rechtspopulistische Kreise das mit dem Beutelsbacher Konsens bestehende Kontroversitätsgebot immer wieder missdeutet hätten (S. 250), ist verharmlosend. Es sind rechtsextreme Akteure\*innen, die das Kontroversitätsgebot verfälschen. Ebenso kritisch sieht der Bundesjugendring die Formulierung, dass »das Gebot der »Parteineutralität«, soweit es überhaupt im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe anwendbar sei, nicht mit einer inhaltlichen politischen Neutralität verwechselt werden dürfe« (S. 250). Hier wäre aus Sicht des Bundesjugendrings nötig gewesen, die Rechtslage klar und eindeutig zu benennen. Die übergreifende Geltung eines Neutralitätsgebotes für nicht-staatliche Akteure ist ein Mythos, der gezielt instrumentalisiert wird, um freie Träger einzuschränken und zu diskreditieren.

Die im Bericht formulierten Leitlinien »Jung sein können mit Zuversicht und Vertrauen – was Kinder- und Jugendhilfe vertrauenswürdig macht« sind umfassend und präzise formuliert. Angesichts gesellschaftlicher Umbrüche und Krisen ist eine Anpassung der Handlungsgrundsätze der Kinder- und Jugendhilfe an diese Herausforderungen unerlässlich. Der Bericht betont jedoch auch, dass es zur Umsetzung dieser Grundsätze an entsprechenden Ressourcen nicht fehlen darf. Sowohl die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt als auch die Jugendverbandsarbeit im Speziellen haben sich bereits umfassend auf den Weg gemacht, ihre Angebote und Strukturen den Anforderungen der heutigen Zeit anzupassen. Nun gilt es, diese Bestrebungen endlich mit den notwendigen Ressourcen zu unterstützen, um jungen Menschen auch weiterhin ein gerechtes Aufwachsen zu ermöglichen.

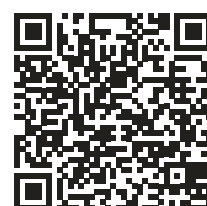
Grundsätzlich gilt es, künftig eine Balance zwischen der notwendigen Fokussierung auf den krisenbeladenen Status quo und der notwendigen Arbeit an einer gemeinsamen Zukunftsvision zu schaffen – eine Vision, die auch an die grundlegenden politischen Stellschrauben greift. Die Jugendverbände als »Werkstätten der Demokratie« werden hierfür weiterhin in demokratischen Prozessen Vorschläge entwickeln, die es vor dem Hintergrund der Vielzahl und Gleichzeitigkeit von Krisen, wie sie der Kinder- und Jugendbericht eindrücklich aufzeigt, zu berücksichtigen gilt.

### Wo ist was erhältlich?

Den 17. Kinder- und Jugendbericht gibt es auf der Website des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter [www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/17-kinder-und-jugendbericht-244628](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/17-kinder-und-jugendbericht-244628)

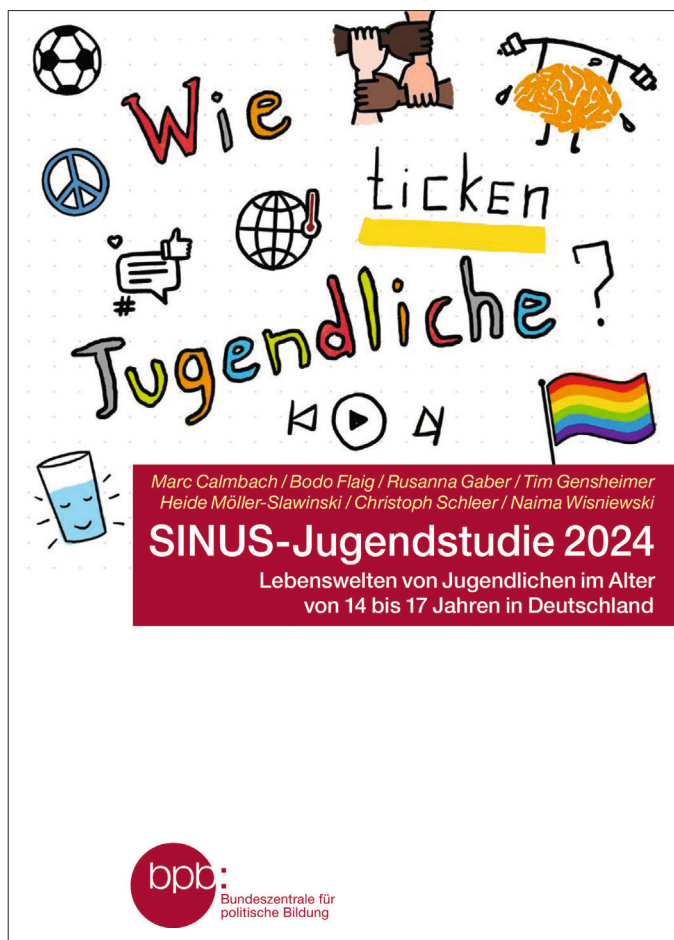


Der DBJR-Kommentar zum Bericht (in voller Länge) ist zu finden unter: [www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Kommentierung-17\\_KJB-Bundesjugendring.pdf](http://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Kommentierung-17_KJB-Bundesjugendring.pdf)



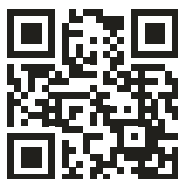
# Jahrgang 2024: Zwei weitere Jugendstudien

Sinus-Jugendstudie und Trendstudie



**Einblicke in Jugendmilieus.** Hier wird's bunt. Anders als andere Studien beschreibt die Sinus-Jugendstudie nicht allein auf wissenschaftlich-empirischer Ebene, »Wie ticken Jugendliche?« (so der Titel der Reihe, die alle vier Jahre erscheint) – sondern sie gibt auch ausgewählte Einblicke: die klassifizierten jugendlichen Lebenswelten (von »Prekären« über »Konsum-Materialisten« und »Experimentalisten« bis hin zu »Neo-Ökologischen«) werden vielfach mit O-Tönen zu verschiedenen, Jugendliche bewegenden Themen unterlegt und mit Fotos von für typisch gehaltenen Jugendzimmern unterfüttert. Darüber hinaus verdichtet die Studie allgemeine Tendenzen unter den untersuchten Teenagern zu Aussagen wie: »Die 14- bis 17-Jährigen sind besorgter denn je« oder »Die Teenager haben ihren Optimismus und ihre Alltagszufriedenheit dennoch nicht verloren.« Zur Erläuterung heißt es dann: »Wie die aktuelle Studie zeigt, ist der für die junge Generation typische Optimismus noch nicht verloren gegangen. Viele bewahren sich eine (zweck-)optimistische Grundhaltung und schauen für sich persönlich positiv in die Zukunft. Viele der befragten Jugendlichen haben »Copingstrategien« entwickelt und wirken insgesamt resilient.« Und weiter: »Fast niemand ist unzufrieden mit dem eigenen Alltag – aber nur wenige sind enthusiastisch. Eine Rolle spielt dabei, dass die Befragten »seit sie denken können« mit vielfältigen Krisen leben.«

**Wo erhältlich?** Die Studie ist im Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung als Buch oder zum kostenfreien Download als ePub verfügbar: [www.bpb.de/11133](http://www.bpb.de/11133). Erreichbar via QR-Code.



**Hier wird dick aufgetragen.** Autor (u.a.) und Selbstvermarkter der Studie ist Simon Schnetzer. Laut eigenem Bekunden: »Führender Jugendforscher in Europa, Keynote-Speaker und Futurist«. Geht's noch: In ganz Europa? Die unbescheidene Auskunft findet sich auf der Website des Autors. Insgeheim hält er sich wohl doch noch für ein recht kleines Lichtlein, denn als Co-Autor wurde Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Hurrelmann, immerhin durch viele wissenschaftlichen Publikationen bekannt sowie mediengewandt und keinem Marketing abgeneigt, mit ins Boot geholt. Die Studie sei repräsentativ »für Einstellungen, Trends und Perspektiven der 14- bis 29-Jährigen in Deutschland«. Und um die sogenannte Generation Z gleich richtig in den Griff zu bekommen, böte »diese renommierte Jugendstudie« auch »die Grundlage, um zu verstehen, wie junge Menschen entsprechend ihrer Lebenssituation ticken und wie sie für die Übernahme von Verantwortung begeistert werden können – in Bildung, Beruf und Gesellschaft«. Um Kurzlektüreleser nicht zu verschrecken, liefere das Buch eine »ansprechende und intuitive Aufbereitung mit 41 Infografiken und vielen O-Tönen«. Bedeutende Rezensionen der Trendstudie scheinen nicht vorzuliegen. Auf der Website des Autors werden stattdessen nur O-Töne von (zwei) begeisterten Lesern gepostet. So schreibt etwa A. K. »vor einem Monat« (und dies seit geraumer Zeit): »Die Jugendstudien geben wichtige Denkanstöße ... Das kann für Impulse in nahezu allen Branchen führen, um besser auf die Bedürfnisse junger Menschen einzugehen.«

**Die Nichtempfehlung findet sich unter:**  
<https://simon-schnetzer.com>  
 Buchpreis: 69 €





# Jugendpolitische Forderungen zur Bürgerschaftswahl 2025

Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg vom 19. November 2024

## 1. Demokratiebildung statt Rechtsdrift

Kinder und Jugendverbände sind Orte, an denen alle schon von früh an demokratische Grundsätze lernen und sich in Selbstorganisation üben können. Die Meinungen und Bedürfnisse der Einzelnen zählen und werden ernstgenommen, gemeinsame Lösungen werden ausgehandelt. Das ist eine wichtige Grundlage die im Widerspruch zu rechter Ideologie, Befehl und Gehorsam steht. Diese Qualität gilt es weiter auszubauen und Kinder- und Jugendverbände explizit als antifaschistische Institutionen zu würdigen und zu fördern.

## 3. Abbau von Bürokratie für echte Selbstorganisation

Die Hürden zur Selbstorganisation sind riesig. Die Verwaltung eines Kinder- und Jugendverbandes erfordert viele Stunden Arbeit und nicht selten geschultes Fachpersonal. Das ist unnötig und muss dringend geändert werden. Die Beantragung und Abrechnung von Mitteln müssen einfacher, digital und barrierearm möglich sein, so dass auch wirklich Jugendliche dazu in der Lage sind und alles, was zu ihrer Arbeit gehört, überblicken und durchführen können. Dazu sollten Mittel für Schulungen, Begleitung und Beratung zur Verfügung gestellt werden.

## 2. Verbandsarbeit stärken statt Scheinpartizipation

Jugendverbände sind die zentrale Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen und müssen in dieser Rolle gestärkt werden. Hier sind die Kinder und Jugendliche tatsächlich beteiligt und können gemeinsam und pädagogisch begleitet Entscheidungen treffen, die in ihrem Interesse sind. Jugendparlamente können und dürfen kein Ersatz für die Jugendverbandsarbeit sein.

## 4. Zeit und Anerkennung für Jugendverbandsarbeit

Der Alltag der bei uns organisierten Kinder und Jugendlichen ist maßgeblich geprägt durch Leistungsdruck, Hausaufgaben, Ganztagschule und Stress. Das erschwert für Alle die Beteiligung an der ehrenamtlichen Arbeit. Für die Persönlichkeitsentwicklung ist das soziale Lernen von und miteinander sehr wichtig. Wir machen das bereits – Jugendverbandsarbeit muss allen möglich gemacht und von der Schule anerkannt werden.

## 5. Bessere Finanzierung der Jugendverbände

Wir fordern eine zusätzliche Finanzierung der Hamburger Kinder- und Jugendverbände in Höhe von 1 Mio. Euro. Viele Verbände wachsen, der Bedarf wächst und die Kosten steigen. Das passt nicht gut zusammen. Niedrige Fördersätze und hohe Eigenmittelanteile belasten die Jugendverbände. Für die Bewältigung von fachlichen Herausforderungen in Bereichen der Inklusion, Prävention und Digitalisierung brauchen junge Ehrenamtliche die Unterstützung von qualifizierten Fachkräften. Wir fordern deswegen eine bessere Finanzierung unserer Arbeit und die Bereitstellung materieller Ressourcen, wie beispielsweise Räume für unsere Arbeit.

---

Einstimmig beschlossen auf der Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg am 19. November 2024

# Nachrichten ...

## U16-Bürgerschaftswahl in Hamburg

Februar 2025 – Sei dabei und gib jungen Menschen eine Stimme



Im Februar 2025 findet die U16-Bürgerschaftswahl in Hamburg statt, und wir möchten Dich herzlich dazu einladen, mit Deiner Einrichtung oder Deinem Jugendverband dabei zu sein.

**Was ist die U16-Bürgerschaftswahl?** Vom 17. bis 21. Februar 2025 haben Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren die Möglichkeit, in einer simulierten Wahl ihre Stimme abzugeben und ihre politische Meinung kundzutun. Ziel ist es, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, Demokratie hautnah zu erleben und (erste) Erfahrungen mit politischen Entscheidungen zu sammeln. Diese Wahl bietet eine wertvolle Gelegenheit, politische Bildung bereits im frühen Alter zu fördern und das Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe zu wecken. Die Wahlergebnisse werden hinterher zudem veröffentlicht.

**Warum ist Deine Beteiligung wichtig?** In Zeiten, in denen gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Werte immer bedeutender werden, ist die Förderung politischer Bildung von unschätzbarem Wert. Durch die Einrichtung eines Wahllokals schaffst Du einen Raum, in dem junge Menschen erleben, wie ihre Stimme gehört wird. Du leistest damit einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und stärkst das Bewusstsein dafür, dass jede:r Einzelne etwas bewegen kann – unabhängig vom Alter.

### Wie kannst Du Dich einbringen?

- Werde Wahllokal: Ermögliche es jungen Menschen in Deiner Einrichtung, an der U16-Wahl teilzunehmen, indem Du – gern auch gemeinsam mit jungen Menschen – ein Wahllokal einrichtest. Dafür brauchst Du nur eine Wahlurne und eine Räumlichkeit in Deiner Einrichtung.
- Fördere politische Bildung: Nutze die anstehende Bürgerschaftswahl, um themenbezogene Workshops, Projektstage oder Diskussionsrunden zu organisieren, die das politische Interesse und Wissen Deiner jungen Teilnehmer vertiefen.
- Erzähl jungen Menschen von der Wahl: Nur wenn Kinder und Jugendliche davon wissen, dass sie die Möglichkeit haben zu wählen, können sie auch

abstimmen. Auch wenn Du Dich nicht als Wahllokal beteiligst, ist schon viel gewonnen, wenn Du junge Menschen auf die U16-Bürgerschaftswahl hinweist und in den letzten Wochen vor der Wahl ggf. gemeinsam schaut, ob es ein Wahllokal in der Nähe gibt.

### Weitere Informationen, Materialien & Unterstützung:

Auf unserer Webseite [www.u16wahl-hamburg.de](http://www.u16wahl-hamburg.de) findest Du alle wichtigen Informationen zur Organisation eines Wahllokals und zur Durchführung der Wahl. Im Laufe der kommenden Wochen und Monate werden wir auch den Bereich der Materialien weiter ausbauen, so dass bspw. Arbeitshilfen, Methoden und später auch die konkreten Stimmzettelvorlagen zur Verfügung stehen. Um Dir bei der Planung und Umsetzung zur Seite zu stehen, stehen wir gern telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung. Darüber hinaus bieten wir Sprechstunden an, in denen wir Deine Fragen beantworten und Dich individuell beraten können. Diese finden im November und Januar statt. Gemeinsam können wir in Hamburg ein starkes Zeichen für die politische Teilhabe und Bildung junger Menschen setzen – die U16-Bürgerschaftswahl könnte einen wichtigen Teil dazu beitragen. Wir freuen uns auf Deine Beteiligung und stehen Dir für alle Fragen gerne zur Verfügung.

**Kontakt:** Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Diözesanverband Hamburg | Meret Harjes (Bildungsreferentin) | Lange Reihe 2 | 20099 Hamburg | Telefonnummer & WhatsApp: +4915792362528 | [meret.harjes@bdkj-hamburg.de](mailto:meret.harjes@bdkj-hamburg.de) | [bdkj.hamburg.de](http://bdkj.hamburg.de) | Montags 9-16 Uhr, mittwochs 13-16 Uhr, freitags 9-15 Uhr



### Vorstellung und Diskussion des 17. Kinder- und Jugendberichtes Deutscher Bundesjugendring

Der Bundesjugendring lädt zu einer digitalen Veranstaltung zur Vorstellung und Diskussion des 17. Kinder- und Jugendberichtes ein. Der Schwerpunkt soll dabei auf den für Jugendverbände und -ringe besonders relevanten Themen des Kinder- und Jugendberichtes liegen. Die Vorstellung des Berichtes übernimmt Dr. Gabriele Weitzmann (Geschäftsführerin des BJR), die

Mitglied der Sachverständigenkommission für den 17. Kinder- und Jugendbericht war.

**Termin:** 16. Januar 2025 | 14 bis 16 Uhr

**Anmeldung:** [www.dbjr.de/formulare/an-g-17-kinder-und-jugendbericht-250116](http://www.dbjr.de/formulare/an-g-17-kinder-und-jugendbericht-250116) (Anmeldeschluss ist der 18.12.2024)

**Kontakt:** Lars Reisner | [www.dbjr.de/ueber-uns/geschaeftsstelle](http://www.dbjr.de/ueber-uns/geschaeftsstelle)

### Schon mal Wahl-O-Mat geklebt?

Wahl-O-Mat zum Aufkleben 2025 zur Bundestags- und Bürgerschaftswahl

Anlässlich der Wahlen zum Bundestag am 23. Februar 2025 und zur Hamburgischen Bürgerschaft am 2. März 2025 bietet der Landesjugendring Hamburg in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung wieder den Wahl-O-Mat zum Aufkleben an. Bei dieser analogen Form des Wahl-O-Mats können Teilnehmende gemeinsam die 38 Thesen besprechen und ihre Meinung durch das Anbringen roter bzw. grüner Klebepunkte zeigen. Anschließend erhalten sie über einen Scanner ihr Ergebnis ausgedruckt, ähnlich wie bei der digitalen Variante.

**Termine:** Vom 3. bis zum 28. Februar steht das Tool zur Bürgerschaftswahl in der Staatsbibliothek – sowie in der Woche vom 24. bis zum 28. Februar (voraussichtlich) im Jupiter (am Hauptbahnhof). Dort findet vom 7. bis zum 21. Februar auch der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl statt. Zusätzlich schaffen wir in der vierten Etage des Jupiters einen Ort, der zum Verweilen und Beschäftigen mit den anstehenden Wahlen einlädt. Mehr Infos dazu bekommt ihr alsbald über die bekannten Landesjugendring-Kanäle (Website und Instagram).

**Einen Besuch planen:** Im Vormittagsbereich ist das Angebot für Schulklassen geöffnet, am Nachmittag und Abend freuen wir uns über Besuche aus Jugendverbänden und weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen. Für eine Terminvereinbarung im Nachmittagsbereich meldet euch gerne bei uns unter [wom@ljr-hh.de](mailto:wom@ljr-hh.de) oder via M. 0151 – 10 39 44 03. Für den Vormittagsbereich gibt es für Schulklassen die Terminreservierung online unter [www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behorden/schulbehoerde/themen/politische-bildung/ticketshop-lzpb-149774](http://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behorden/schulbehoerde/themen/politische-bildung/ticketshop-lzpb-149774) (siehe QR-Code).



# Hol' Dir die Juleica!

## Ausbildungskurse des Landesjugendrings Hamburg in 2025

**juleica**  
jugendleiter|in card

Die Ausbildungskurse für Jugendleiter/innen (JL-Kurse) sind thematisch verbandsübergreifend konzipiert. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind.

**Wozu eine Jugendleiterschaft?** Jugendleiter/innen sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird dazu wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Zudem erhalten die Teilnehmer/innen Anregungen für die eigene Arbeit. Die Jugendleiter/innencard (Juleica) ist eine wichtige Legitimation – so z. B. gegenüber Erziehungsberechtigten. Sie ermöglicht zudem die kostenlose Medienausleihe in den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, den Erwerb günstiger HVV-Fahrscheine, die kostenlose Mitgliedschaft im Deutschen Jugendherbergswerk, die Beantragung von Sonderurlaub für Gruppenaktivitäten und vieles mehr.

**Themen:** In Kleingruppen wird – durch praktische Elemente, theoretische Exkurse, Spiel und Spaß – Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Ein LJR-Kurs geht über zwei Wochenenden. Die durchgehende Teilnahme an beiden Wochenenden ist Voraussetzung für den Erhalt der Teilnahmebestätigung und damit der Juleica (zusammen mit dem Nachweis einer Erste-Hilfe-Ausbildung). Am Kurs können 15 Personen teilnehmen.

### Frühjahrskurs 1-25

**Termine:** 13. – 15. und 27. – 29. Juni 2025 (jeweils freitags ab 18 Uhr bis sonntags um 15 Uhr)

**Seminarort:** Jugendgästehaus Rothfos | Wiesengrund 20 | 23795 Mözen

**Teilnahmekosten:** Hamburger Jugendverbändler/innen: 67 € (bis 26 J.) / 76 € (ab 27 J.) | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 266 € (bis 26 J.) / 304 € (ab 27 J.) | Alle anderen Personen: 332 € (bis 26 J.) / 380 € (ab 27 J.) (jeweils inklusive Verpflegung und Übernachtung)

### Herbstkurs 2-25

**Termine:** 14. – 16. und 28. – 30. November 2025 (jeweils freitags ab 18 Uhr bis sonntags um 15 Uhr)

**Tagungsort:** Jugendgästehaus Rothfos | Wiesengrund 20 | 23795 Mözen

**Teilnahmekosten:** Hamburger Jugendverbändler/innen: 67 € (bis 26 J.) / 76 € (ab 27 J.) | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 266 € (bis 26 J.) / 304 € (ab 27 J.) | Alle anderen Personen: 332 € (bis 26 J.) / 380 € (ab 27 J.) (jeweils inklusive Verpflegung und Übernachtung)

**Anmeldung:** [www.ljr-hh.de/juleica/seminare](http://www.ljr-hh.de/juleica/seminare)

**Veranstalter:** Landesjugendring Hamburg | T. (040) 317 96 116 | [juleica@ljr-hh.de](mailto:juleica@ljr-hh.de)



# Sichere Orte – Prävention und Intervention sexualisierter Gewalt in Jugendverbänden

## Multiplikator\*innen-Schulung

Jugendarbeit bietet Nähe, Vertrautheit und ist ein Ort, an dem junge Menschen wertvolle Erfahrungen sammeln und ihre Persönlichkeit entwickeln können. Gleichzeitig sollen Kinder und Jugendliche dort bestmöglich vor sexualisierter Gewalt geschützt sein. Deshalb ist die Prävention sexualisierter Gewalt eine zentrale Aufgabe. Die Weiterbildung vermittelt Wissen und Handwerkszeug zu Prävention und Intervention, das die Teilnehmenden als Multiplikator\*innen in ihre Organisation tragen können.

**Für wen?** Die Weiterbildung richtet sich an alle Aktiven der Jugendarbeit, insbesondere der Jugendverbandsarbeit, die den Schutz von Kindern und Jugendlichen qualifiziert und nachhaltig stärken möchten, zum Beispiel Ehrenamtliche (Jugendleiter\*innen, Vorstände, etc.), Hauptamtliche, Honorarkräfte, Vertrauenspersonen, Mitglieder in Präventions- & Interventions-AKs, FSJ & BFD

### Termine:

#### **Modul 1: Grundlagen und Dynamiken sexualisierter Gewalt**

**7. bis 9. Februar 2025** | Fr. (17 h) bis So. (15 h)

**Themen:** Kennenlernen, Grundlagen und Dynamiken sexualisierter Gewalt, Schutz- und Risikofaktoren, Täter\*innen-Strategien, Peer-Gewalt, digitale Gewalt

#### **Modul 2: Prävention und Schutzprozesse**

**5. und 6. April 2025** | Sa. und So. (jeweils von 9 bis 16 h)

**Themen:** Prävention als Haltung und in der Praxis, strukturelle Verankerung von Schutzprozessen, Reflexion der eigenen Organisationsstrukturen

#### **Modul 3: Handlungssicherheit im Verdachtsfall**

**9. bis 11. Mai 2025** | Fr. (17 h) bis So. (15 h)

**Themen:** Handlungsschritte im (Verdachts-) Fall, Gesprächsführung, Dokumentation, Unterstützungsmöglichkeiten, Selbstfürsorge, gemeinsamer Abschluss

### Und was habe ich davon?

- Fachwissen zu Prävention und Intervention sexualisierter Gewalt
- An zwei Wochenenden Übernachtung und Vollverpflegung, bei Modul 2 Essen im Landesjugendring
- Austausch und Vernetzung mit Fachberatungsstellen und weiteren Aktiven im Themenfeld
- Zertifikat: Multiplikator\*in für Prävention und Intervention sexualisierter Gewalt

**Veranstaltungsorte:** Jugendgästehaus Rothfos, Wiesengrund 20, 23795 Mözen (Module 1 und 3) – LJR (Modul 2)

**Veranstalter und Infos:** Landesjugendring Hamburg, Karolin Joppich, T.: (040) 254 97 512, [www.ljr-hh.de](http://www.ljr-hh.de)

**Teilnahmekosten:** Personen aus Jugendverbänden: 120€ (jede weitere Person pro Verband: 80€) | Personen aus der Jugendhilfe: 390€ | Alle anderen Personen: 490€

**Anmeldung:** Bis 31.12.24 mit ausgefülltem Anmeldebogen (via QR-Code) an [karolin.joppich@ljr-hh.de](mailto:karolin.joppich@ljr-hh.de) oder per Post an Landesjugendring Hamburg, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Die Teilnehmendenzahl ist auf 16 Plätze begrenzt, daher empfiehlt sich eine frühzeitige Anmeldung.

